

## FRIEDEN ARBEIT SOLIDARITÄT



- I Die Offensive des Monopolkapitals stoppen. Gegenkräfte formieren. Eine Wende zu Friedens- und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt erkämpfen - Seiten 3 - 35**
  - A. Grundlagen unserer antimonopolistischen Strategie
    - 1. Der Imperialismus, seine Entwicklungsetappen und die Analyse der Kommunistinnen und Kommunisten - Seite 3
    - 2. Der Charakter der Krise 2007 - Seite 10
    - 3. Produktivkraftentwicklung und Entwicklung der Hauptklassen - Seite 11
    - 4. Imperialismus und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen - Seite 15
    - 5. Widersprüche und Gegenkräfte zur Offensive des Imperialismus - Seite 16
  - B. Der Kampf der Kommunistinnen und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland
    - 1. Das Ziel der DKP ist der Sozialismus/Kommunismus - Seite 23
    - 2. Die „antimonopolistische Strategie“ der DKP heute - Seite 24
    - 3. Unsere Kampfziele und Kampffelder - Seite 28
    - 4. Die Stärkung der DKP - Seite 35
  
- II Für Frieden Arbeit Solidarität – Die DKP stärken - Seiten 36 - 47**
  - 1. DKP – Partei der Arbeiterklasse - Seite 38
  - 2. Die Grundorganisationen stärken - Seite 41
  - 3. Die Zusammenarbeit mit der SDAJ stärken - Seite 45
  - 4. Die Finanzbasis der DKP sichern - Seite 46

# Die UZ-Dokumentationen



UZ unsere zeit  
DOKUMENTATION

## Herbert Mies

Ein Kämpfer für Frieden und Sozialismus

Stationen und Positionen  
FDJ ★ KPD ★ DKP

**NEU**

84 Seiten, DIN A5



## Karl Marx / Friedrich Engels Das Kommunistische Comic-Manifest

Zeichnungen von Karl Berger

SDAJ

UZ unsere zeit  
DOKUMENTATION

DKP

**NEU**

36 Seiten, DIN A5



## 50 Jahre DKP

1968: Diese Gesellschaft braucht eine legale Kommunistische Partei!  
Die Konstituierung der DKP  
Chronik, Zeitzeugen und Dokumente

84 Seiten, DIN A5



## 30 Stunden sind genug

Arbeitszeitkonferenz der DKP

36 Seiten, DIN A5



## KPD-Verbot und politische Justiz

UZ-Dokumentation aus Anlass des  
60. Jahrestages des Urteils gegen die KPD  
2. erweiterte Auflage

64 Seiten, DIN A5



## Gegen die imperialistischen Kriege

Vier-Parteien-Konferenz in Aachen  
zur Erinnerung an den Beginn des  
Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren

64 Seiten, DIN A5



## Die Wohnungsfrage ist eine Klassenfrage

Wohnungs- und mieterspolitische Positionen der DKP  
2. überarbeitete Auflage

64 Seiten, DIN A5



## Kommunisten und Gewerkschaften

Grundlagen  
und aktuelle Herausforderungen

44 Seiten, DIN A5



## Einheit in der Vielfalt

Gespräche mit 19  
Kommunistischen Parteien Europas  
zu wichtigen Fragen unserer Zeit

60 Seiten, DIN A5



## 8. Mai 1945: Tag der Befreiung vom Faschismus - der Kampf geht weiter

Rolls und Aufgaben  
der Kommunistischen Partei im  
antifaschistischen Kampf damals und heute

56 Seiten, DIN A5

Jede Broschüre 3,- Euro • 10 Broschüren 20,- Euro

Zu bestellen unter: [uzshop.de](http://uzshop.de) [info@unsere-zeit.de](mailto:info@unsere-zeit.de) Tel: 0201 17788923

# I. Die Offensive des Monopolkapitals stoppen. Gegenkräfte formieren. Eine Wende zu Friedens- und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt erkämpfen

## A. Grundlagen unserer antimonopolistischen Strategie

*„So wie es ist, kann es nicht bleiben. Dieses ganze System ist ungerecht. Die da oben machen immer nur, was sie wollen. Es braucht eine Alternative.“* So oder ähnlich lauten Antworten auf Umfragen zur generellen Zufriedenheit oder Nichtzufriedenheit durch Meinungsforschungsinstitute. Selbst eine Aussage wie „Wir brauchen eine ‚linke Revolution‘ fand vor nicht allzu langer Zeit bei einer repräsentativen Befragung der Freien Universität Berlin eine Zustimmungquote von 25 Prozent. Viele fordern einen grundsätzlich anderen, nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg.

Die traditionellen bürgerlich-konservativen, liberalen und sozialdemokratischen Parteien verlieren in vielen Ländern an Integrationskraft. Von der Enttäuschung über die Folgen ihrer sozialreaktionären Politik profitieren aber ausgesprochene Vertreter des Großkapitals, Rechtskräfte und Reaktionäre, wie Marine Le Pen und Emmanuel Macron in Frankreich oder Donald Trump in den USA. Doch auch linkssozialdemokratische, am außerparlamentarischen Kampf und an den Gewerkschaften orientierte Wahlbewegungen, wie die von Bernie Sanders in den USA oder Jeremy Corbyn in Großbritannien haben Zulauf. Was haben in dieser Situation Kommunistinnen und Kommunisten zur Lösung der Probleme der Lohnabhängigen, zur Stärkung ihres selbstständigen Handelns und ihrer Widerstandskraft beizutragen? Welche langfristige Strategie bieten sie an?

### 1. Der Imperialismus, seine Entwicklungsetappen und die Analyse der Kommunistinnen und Kommunisten

Die DKP ist eine marxistisch-leninistische Partei. Ihr Ziel ist die Beseitigung der Ausbeutung von Mensch und Natur, die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die Grundlage der Strategie der DKP ist der wissenschaftliche Sozialismus, der von Marx, Engels und Lenin begründet wurde. Er bildet die theoretische Basis unserer Analyse der Gesellschaft und der Ableitung notwendiger Handlungsstrategien. Gleichzeitig muss diese theoretische Grundlage auf die konkrete historische Situation produktiv angewandt und unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Entwicklung weiter präzisiert bzw. vervollkommen werden. Für die Analyse des heutigen Kapitalismus und die sich daraus ergebenden strategischen Schlussfolgerungen kommt dabei der Imperialismustheorie Lenins sowie seiner Revolutionstheorie eine besondere Bedeutung zu.

Imperialismus ist der monopolistische Kapitalismus. Die ihn prägenden nationalen und multinationalen Monopole sind das Resultat der Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Das kapitalistische Monopol ist die Verbindung ökonomischer und außerökonomischer Macht zum Zweck der Erlangung von Extraprofit, die sich politisch als Tendenz zum Militarismus, zum Krieg und zur Verneinung der Demokratie bis hin zum Faschismus ausdrückt.

Im Imperialismus, dem „höchsten Stadium des Kapitalismus“, nimmt der Vergesellschaftungsgrad der Produktion ein solches Ausmaß an, dass sich die Rolle der Eigentümer der Produktionsmittel und des Finanzkapitals in immer stärkeren Maße auf das Abschöpfen der Profite reduziert.

Im Imperialismus wächst das Bankkapital mit dem Industriekapital zusammen und bildet das Finanzkapital. Zudem übertrifft der Kapitalexport die Bedeutung des Warenexports. Deshalb spricht Lenin von der „Epoche des Finanzkapitals“. Dessen Elite ist die Finanzoligarchie. Die herrschende Finanzoligarchie ist gesellschaftlich überflüssig und parasitär geworden. Im Imperialismus bilden sich internationale monopolistische Kapitalverbände, die die Welt unter sich aufteilen. Der Kampf um die Neuaufeilung der Welt wird heute vorrangig durch den Einsatz finanzieller und ökonomischer Machtmittel geführt, aber auch unter Einsatz militärischer Gewalt, mit arrangierten Putschen, durch erzwungene „regime changes“, die Zerschlagung von souveränen Staaten und territoriale Eroberungskriege. Der Imperialismus mit allen genannten Merkmalen ist „sterbender Kapitalismus“ (Lenin). Er markiert die Einleitung der welt-historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. An seinem Anfang steht die erste sozialistische Revolution der Menschheitsgeschichte, die Pariser Kommune. Mit der großen sozialistischen Oktoberrevolution 1917 gelang es erstmals siegreich und nachhaltig aus der Geschichte der Ausbeutergesellschaften auszubrechen. Ihrem Beispiel folgten und folgen zahlreiche weitere Länder in allen Teilen der Erde. Auch die Konterrevolution von 1989/92 konnte und kann sich nicht über die Gesetzmäßigkeit des Absterbens des Kapitalismus hinwegsetzen.

### **Der staatsmonopolistische Kapitalismus**

Mit der Entstehung und Entwicklung des Imperialismus wandelt sich auch die Rolle des Staates. Der moderne staatsmonopolistische Kapitalismus (Stamokap) bildet sich heraus. Er war ursprünglich das Produkt des kapitalistischen Militarismus, entstanden im I. Weltkrieg aus den Bedürfnissen der Zentralisierung der Rüstungsproduktion und der Umstellung der Zivilproduktion für den Krieg. Voll und dauerhaft herausgebildet hat sich der Stamokap während und nach dem zweiten Weltkrieg.

Der Stamokap stellt die Vereinigung der Macht der stärksten Monopole mit dem Staats- und Militärapparat zu einem einheitlichen, wenngleich nicht widerspruchsfreien neuen Herrschaftsmechanismus dar. Er entwickelt sich aus der Notwendigkeit staatlichen Eingreifens in den Wirtschaftsprozess, ohne den die monopolkapitalistische Wirtschaft unmöglich wäre. Überdeutlich zeigte sich das in der Krise 2007.

Seinem sozialen Inhalt nach ist der Stamokap die politische Herrschaft des Monopolkapitals als Ausdruck ihrer ökonomischen Herrschaft. Die Herrschaft der Finanzoligarchie durchdringt alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und ordnet diese ihren Interessen unter. Auf diese Weise entfaltet sich der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit im Stamokap als Widerspruch zwischen Monopolkapital und Volksmassen.

Die relative Autonomie dieses monopolkapitalistischen Staats ist ein Erfordernis dieser Herrschaft. Das heißt, die spezifischen Interessen einzelner (Monopol-) Kapitalisten werden übergangen und die Interessen nicht-monopolistischer Teile der Bourgeoisie integriert. Die relative Autonomie bedeutet nicht Unabhängigkeit vom Monopolkapital, sondern ist gerade der Vollzug der Abhängigkeit.

Staatsmonopolistischer Kapitalismus kann aber auch den zeitweiligen und teilweisen Rückzug des Staates aus einer eigenständigen ökonomischen Rolle oder den bewussten Verzicht auf diese einschließen. Im letzteren Fall geschieht die Herrschafts- und Profitsicherung durch den Staat eher durch die organisierte Einbindung von Kapitalvertretern in die politische Willensbildung bis hin zur Vorbereitung der Gesetzgebung, durch kartellrechtliche Schritte, durch Subventionen und durch protektionistische Maßnahmen zugunsten der Monopole. Heute verschafft der Staat dem Monopolkapital die Möglichkeit von Extraprofiten auch durch Privatisierung von verbliebenem Staatsbesitz aus dem Bereich der Daseinsvorsorge (Gesundheit, Schulbau, Autobahnen etc.), teilweise garantiert er sogar Profite, falls diese Bereiche Verluste einfahren sollten.

Zugleich schafft der Stamokap aber auch objektiv neue historische Möglichkeiten zum Bruch mit dem Kapitalismus und für den Übergang zum Sozialismus. Lenin zufolge ist der staatsmonopolistische Kapitalismus die „vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus“. Der hohe Grad gesellschaftlicher Produktion und die enge Verflechtung zwischen ökonomischer und politischer Macht schaffen die objektiven Voraussetzungen für gesellschaftliche Planung und demokratischer Teilhabe am gesellschaftlichen Produktions- und Verteilungsprozess. Die Macht jedoch liegt weiterhin in den Händen der Kapitalisten und ihres Staates. Das Privateigentum dominiert weiterhin. Es wird durch das staatliche Eigentum an Produktionsmitteln lediglich ergänzt. Die Demokratie ist weiterhin eine bürgerlich-kapitalistische, der Staatsapparat bleibt ein Instrument der Kapitalistenklasse, ein „ideeller Gesamtkapitalist“.

Der Stamokap schafft also die materiellen Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus. Die politischen Voraussetzungen müssen durch die grundlegende Umwälzung der politischen Machtverhältnisse und den Sturz der herrschenden Kapitalistenklasse, das heißt durch eine sozialistische Revolution geschaffen werden.

Der Prozess des Herankommens, der Vorbereitung und des Übergangs zu dieser sozialistischen Umwälzung wird nicht linear verlaufen. Erfolge und Rückschläge werden Teil dieses Prozesses sein. Mit der richtigen Strategie, die konsequent auf die Überwindung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse abzielt und stets die Interessen der gesamten Arbeiterklasse verfolgt, werden sich nach der langen Phase der Rückschläge jedoch zunehmend Erfolge einstellen.

Ein nächster Zwischenschritt im Verlauf des Kampfes gegen die Offensive des Kapitals kann dabei das Erkämpfen einer revolutionär-demokratischen Etappe sein. Darin wird die Macht der Monopole geschwächt und ihre Angriffe werden zurückgeschlagen, es werden immer stärkere politische Bastionen der

Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gebildet und verteidigt. Strukturen der Selbstorganisation und des Kampfes, sowohl in den Betrieben, als auch in verschiedenen politischen Teilbereichen werden gestärkt. Die Macht der Kapitalistenklasse wird unmittelbar in Frage gestellt und die entwickelten Produktivkräfte und der gesellschaftliche Reichtum werden zunehmend im Interesse der Gesamtheit eingesetzt – sei es durch Druck auf die Regierung oder durch direkte Aktionen der Enteignung. Der Klassenkampf wird intensiviert bis zum revolutionären Bruch und der endgültigen Lösung der Machtfrage.

Die Perspektive, die sich aus diesem neuen Verhältnis zwischen Staat und Monopolen aufdrängt beschrieb Lenin so: „Man wird sehen, dass der staatsmonopolistische Kapitalismus in einem wirklich revolutionär-demokratischen Staate unweigerlich, unvermeidlich einen Schritt, ja mehrere Schritte zum Sozialismus hin bedeutet! ... Hier gibt es keinen Mittelweg. Der objektive Gang der Entwicklung ist derart, dass man von den Monopolen aus (...) nicht vorwärtsschreiten kann, ohne zum Sozialismus zu schreiten.“ (LW 25, Seiten 368 f.)

Lenin traf die Aussagen zum bevorstehenden Sozialismus vor 100 Jahren, kurz vor der Oktoberrevolution. Heute sind einerseits die objektiven materiellen Voraussetzungen dafür noch weiter gereift. Andererseits sind der Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse und ihr Organisationsgrad – anders als vor 100 Jahren – so schwach ausgeprägt, dass ihre Fähigkeit und Bereitschaft zu einer demokratischen oder gar sozialistischen Umwälzung derzeit nur sehr schwach entwickelt ist.

Nicht zuletzt in Folge der Niederlage des Sozialismus in Europa befinden wir uns in einer noch immer anhaltenden Defensive und müssen mit der Herausbildung von Bewusstsein der Klasse und der Organisation ihrer revolutionären kommunistischen Partei in weiten Bereichen eine echte Wiederaufbauarbeit leisten.

Zu unseren Aufgaben bei der Stärkung des „subjektiven Faktors“ gehört eine nachvollziehbare Erklärung der Niederlage, die gegenüber der Verteufelung des untergegangenen europäischen Sozialismus durch den Mainstream eine Alternative und eine Perspektive bietet.

### **Etappen des Imperialismus und des Klassenkampfes**

Der Imperialismus, das „höchste Stadium des Kapitalismus“, hat bereits eine längere Entwicklungsgeschichte, die nun schon mehr als 130 Jahre dauert. Seine jetzige Gestalt hat er über mehrere Etappen erreicht. Treibendes Moment ist der „Zwang zur Vergrößerung des Kapitals und zur Produktion von Mehrwert auf erweiterter Stufenleiter zur ständigen Umwandlung von Profit in zusätzliches Kapital und zur Zentralisation des Kapitals“ (Programm der DKP). Der Imperialismus hat seine jetzige Gestalt über mehrere Etappen erreicht.

Die erste Etappe ist die Periode der Herausbildung des Imperialismus seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts und seine frühe Entwicklungsstufe ohne das Gegengewicht des realen Sozialismus. Bereits hier entfaltet der Imperialismus seine von Lenin beschriebenen Hauptmerkmale, die sich bis heu

te nicht grundlegend geändert haben. Insbesondere zeigen sich auch schon die Interessenkonflikte zwischen den imperialistischen Mächten. Deren Zuspitzung bringt den ersten imperialistischen Weltkrieg hervor, in dessen Folge der aufstrebende US-Imperialismus den britischen Imperialismus als globale Führungsmacht ablöst. Aber zugleich ist es auch eine Periode der Entwicklung einflussreicher revolutionärer Organisationen der Arbeiterbewegung, der internationalen Sozialdemokratie, und in Russland vor allem der Partei Lenins, der Bolschewiki.

Die zweite Etappe reicht von der Oktoberrevolution bis zum Ende des 2. Weltkriegs. Der „klassische Imperialismus“ zeigt seine widersprüchliche und typisch krisenhafte Entwicklung nun unter den Bedingungen der Existenz eines starken sozialistischen Gegenpols, der Sowjetunion. In den Zentren des Imperialismus setzen sich immer größere Teile der Arbeiterklasse gegen Not und Ausbeutung zur Wehr. Die Kommunistischen Parteien, die sich in der Kommunistischen Internationale zusammenschließen, gewinnen in etlichen imperialistischen Ländern Masseneinfluss. Die Leninsche Strategie der Einheitsfront der Arbeiterklasse und die Losung „Heran an die Massen“ wird zum Schlüssel für das „Herankommen an die sozialistische Revolution“ und die Suche nach Übergängen zum revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus-Imperialismus.

Auf die Große Weltwirtschaftskrise ab 1929, die die allgemeine Krise des Systems verschärft, findet der Imperialismus eine zweifache Antwort: Der reaktionärste Teil der imperialistischen Bourgeoisie sucht einen Ausweg aus der Systemkrise in Form des Faschismus und eines neuen weltweiten Kriegs um die Aufteilung der Welt. Mit der Politik des New Deal in den USA wird eine historische Ausnahmepetode in der Geschichte des Kapitalismus eingeleitet, die man als „Klassenkompromiss“ bezeichnen kann. Sie wird nach 1945 die Entwicklung auch in Westeuropa und in Japan für drei Jahrzehnte prägen. Der 2. Weltkrieg beendet mit einem qualitativen Einschnitt diese Entwicklungs-etappe des Imperialismus.

Es beginnt seine dritte Etappe: Der Sieg der Anti-Hitler-Koalition endet nicht, wie die reaktionären Kreise in den imperialistischen Staaten hoffen, mit der Schwächung, sondern mit der Stärkung des Sozialismus. Vom Pazifik bis zur Elbe und zu den Küsten der Adria wird in vielen Staaten der Sozialismus aufgebaut.

Der deutsche Imperialismus ist geschwächt. Ihm wird zwar von den USA wieder auf die Beine geholfen, aber seine Macht wird durch die Existenz der sozialistischen DDR begrenzt. Die chinesische Revolution stärkt zunächst den sozialistischen Block. Dem sozialistischen Staatenbündnis gelingt es, politisch, ökonomisch, militärisch und ideologisch eine Alternative zum kapitalistischen System zu entwickeln. Es erkämpft unter großen ökonomischen Anstrengungen ein militärisches und politisches Gleichgewicht zum Imperialismus.

Dies setzt auch den deutschen Imperialismus politisch und ideologisch unter Druck. Auf der anderen Seite ist der deutsche Imperialismus ökonomisch aber extrem stark, was auf einer historischen Ausnahmesituation beruht: Nach dem Krieg tritt der deutsche Imperialismus in eine Phase der nachholenden Kapitalakkumulation ein (Wiederaufbau). Gleichzeitig werden neue Industriezweige

aufgebaut (z.B. Automobilindustrie). Das hohe wirtschaftliche Wachstum versetzt den Imperialismus in die Lage, mehr von dem erwirtschafteten Produkt an die unteren Klassen und Schichten abzugeben. Steigende Löhne steigern wiederum die Nachfrage, so dass für einige Zeit ein sich selbst tragender Aufschwung entsteht.

In dieser Situation setzt der deutsche Imperialismus auf eine Doppelstrategie, um dem stark gewordenen sozialistische Lager und dem Aufschwung der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern entgegenzuwirken: „Zuckerbrot und Peitsche“ im Inneren (einschließlich KPD-Verbot) und friedliche Koexistenz gegenüber dem realen Sozialismus zum Zweck der ideologische Unterwanderung gekoppelt mit Wiederaufrüstung, Militarisierung und Beitritt zum aggressiven NATO-Pakt.

Diese dritte Etappe des Imperialismus ist auch gekennzeichnet durch die Reaktion des Imperialismus auf das stark gewordene sozialistische Lager, auf den Aufschwung der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern und den erfolgreichen Kampf der Völker gegen den Kolonialismus.

Die Existenz des sozialistischen Lagers sowie eine starke Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den imperialistischen Staaten zwingen das Monopolkapital zu relativ weitgehenden Zugeständnissen, was die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse und anderer abhängiger Schichten verbessert. Im Äußeren werden der Machtkampf und die ökonomische Konkurrenz der imperialistischen Staaten untereinander unter der eindeutigen Vorherrschaft der USA begrenzt, die Freiheit des Finanzkapitals wird ein wenig eingedämmt. Beides hat zur Folge, dass das wirtschaftliche Wachstum hoch und die Arbeitslosigkeit relativ niedrig sind. Daher werden die Jahre 1945 bis 1975 nach den Worten von Eric Hobsbawm „die goldenen 30 Jahre des Kapitalismus“ genannt.

In dieser Periode ist die Integrationskraft des monopolkapitalistischen Systems größer denn je. Die Gewerkschaften orientieren auf den Klassenkompromiss. Die Sozialdemokratie rückt nach rechts und entsorgt den Marxismus. Im Westen verlieren viele kommunistische Parteien ihre Massenbasis.

In den regierenden kommunistischen Parteien wächst die Tendenz, den Imperialismus zu unterschätzen, und die Überzeugung, dass die Etappe des Übergangs zum Sozialismus unumkehrbar sei. Diese Illusion wird genährt durch die Stärke des sozialistischen Blocks, den Sieg über den US-Imperialismus in Vietnam, Laos und Kambodscha, die Befreiungskämpfe in Afrika, den Zerfall des Kolonialsystems, die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz in Europa und den Aufschwung der Arbeiter- und der Studentenbewegung. Es entsteht der Eindruck, der Imperialismus habe in den 1970er Jahren einen Tiefpunkt seiner Geschichte erreicht.

Gleichzeitig verändern sich die ökonomischen Rahmenbedingungen in den sozialistischen Staaten, zunehmend werden Formen von Gruppeneigentum gegenüber dem Staatseigentum gefördert. Gleichzeitig entwickeln sich auf der Grundlage realer objektiver Interessen, die aus diesen Prozessen entstanden, Gruppen von Personen, die Schluss mit dem Sozialismus machen wollen. Nach der Konterrevolution entsteht aus ihnen eine neue Kapitalistenklasse.

In der vierten Etappe setzen die staatsmonopolistischen Oligarchien wichtiger imperialistischer Länder schrittweise das sogenannte „neoliberale Modell“ als sozialreaktionären Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise 1974/75 durch. Ende der 70er wird der „Neoliberalismus“ zur Grundlage der offiziellen Wirtschaftspolitik in Großbritannien unter Margret Thatcher und Anfang der 80er unter der Präsidentschaft von Ronald Reagan auch in den USA.

Der Begriff des Neoliberalismus ist dabei durchaus irreführend, ist er doch weit entfernt nur eine Neuauflage des klassischen Liberalismus zu sein. Allgemein gebräuchlich und nach 40 Jahren mit seinen reaktionären Wirkungen konnotiert bezeichnet er den Wechsel zu einer in ihrem Kern offensiven, sozialreaktionären Politik- und Herrschaftskonzeption. Diese Strategievarianten des Monopolkapitals bestehen aus dem Dreiklang Deregulierung, Privatisierung und Schwächung der Gewerkschaften durch ihre Integration, den Abbau ihrer Rechte bis hin zu ihrer Zerschlagung. Voraussetzung dafür, dass die Monopolbourgeoisie die Strategie des Neoliberalismus umsetzen kann, ist die bereits stark eingeschränkte Fähigkeit der Arbeiterbewegung, dem Widerstand entgegenzusetzen. Folge der Durchsetzung dieser Strategie ist eine immer stärkere Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von „unten“ nach „oben“.

In diese Periode fallen zahlreiche Niederlagen der internationalen Arbeiterbewegung und der antiimperialistischen Kräfte, in denen die Errungenschaften der „Goldenen Jahre“ rückgängig gemacht werden. Kennzeichen sind die Erhöhung der Ausbeutungsrate, sinkende Durchschnittslöhne, steigende Erwerbslosigkeit besonders unter Jugendlichen, Armut und ansteigende Obdachlosigkeit, das Sinken des Rentenniveaus und die Einschränkung staatlicher Leistungen für Gesundheit, Bildung und Erziehung, die Belastung der Armen mit Verbrauchssteuern bei Entlastung der Reichen durch Senkung ihrer Einkommensteuer und der praktischen Abschaffung der Erbschafts- und Vermögenssteuer. Über ihre Netzwerke in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft bestimmen sie auch maßgeblich die öffentliche Meinung. Der US-Multimilliardär und Finanzoligarch Warren Buffett brachte es auf den Punkt: „Es herrscht Klassenkampf, und meine Klasse gewinnt.“

Die größte Niederlage ist in dieser Etappe die Konterrevolution gegen die Sowjetunion und die sozialistischen Staaten in Europa. Die Niederlage des realen Sozialismus erweitert das Gebiet des Kapitalismus sprunghaft. Hunderte Millionen Menschen werden in das kapitalistische Verwertungssystem und die Mehrwertproduktion gezwungen. Die Zerschlagung der ökonomischen Infrastruktur der vormals sozialistischen Länder eröffnet dem Imperialismus gewaltige Absatzmöglichkeiten und ermöglicht ihm, der bereits Ende der 1980er Jahre beginnenden neuen Überproduktionskrise vorerst zu entkommen. Zusätzlich wird dies durch die gleichzeitige Öffnung Chinas für den Weltmarkt begünstigt, die neue Anlagemöglichkeiten für bereits angehäuften Kapital bietet. Der Imperialismus expandiert. Diese Periode der Offensive des Kapitals dauert bis zur Krise 2007 an.

## 2. Der Charakter der Krise 2007

Die Finanz- und Weltwirtschaftskrise seit 2007 und der sich verschärfende Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Hauptmächten deuten an, dass auch die Dominanz des neoliberalen Modells zu Ende gehen wird. Die Krise seit 2007 ist eine für den Kapitalismus typische Überproduktions- und chronische Überakkumulationskrise. Sie ist Resultat des Grundwiderspruchs zwischen immer stärkerer Vergesellschaftung der Produktion und immer umfassenderer privater Aneignung. „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.“ (Karl Marx)

Bei der Krise von 2007 handelt es sich nicht nur um eine der regelmäßigen Konjunkturkrisen oder Rezessionen. Sie ist keine regionale, sondern eine weltweite Krise, die in den imperialistischen Hauptländern Europas, Nordamerikas und in Japan den stärksten Einbruch von Produktion und Bruttosozialprodukt seit dem 2. Weltkrieg hervorgerufen hat. Sie beeinträchtigt in ganz besonderer Weise den US-Imperialismus und gefährdet seine Vorherrschaft. Die Krise ist damit historisch vergleichbar mit der großen Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts und mit der schwerwiegenden Krise der 70er Jahre, die ebenfalls durch eine tiefe Rezession gekennzeichnet war, alle kapitalistischen Länder erfasste und die Prosperitätsperiode der Nachkriegszeit beendete.

Die Krise von 2007 ist eine Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft. Sie hat gezeigt, dass der Imperialismus weder als Ganzes, noch einzelne kapitalistische / imperialistische Länder in der Lage sind, die zwischen diesen Ländern bestehende Konkurrenz zu lösen. Die Differenzen der einzelnen imperialistischen nationalen und internationalen Kräfte treten offen zutage, die innerimperialistischen Widersprüche verschärfen sich.

Was sind die Folgen und was bedeuten diese heute für die Strategie der Kommunisten? Der Zusammenbruch des Finanzsektors und des Geldwesens wird zwar durch den massiven Einsatz von Steuergeld und staatlich garantierte Geldschöpfung vermieden. Krisenmildernd, aber auch das internationale Kräfteverhältnis verschiebend war die Entwicklung einiger Länder, vor allem Chinas, die ihre rasante Akkumulation fortsetzen können, obwohl sich die alten kapitalistischen Zentren in der Krise befinden. Doch der reinigende Charakter der kapitalistischen Krise bleibt weitgehend aus.

Das überschüssige Kapital wird keineswegs auf breiter Front beseitigt oder wenigstens entwertet. Das erklärt, warum ein klassischer Wirtschaftsaufschwung nicht stattfindet. Auch ein Jahrzehnt nach Krisenausbruch bleibt das industrielle Wachstum in vielen Regionen der kapitalistischen Weltwirtschaft mäßig. Die staatlich geförderte Finanzspekulation hat wieder an Fahrt aufgenommen.

Damit erhöht sich die Ausbeutungsrate, die Ungleichheit bei Reichtum und Einkommen erreicht eine neue Dimension. Selbst das kapitalfromme „manager magazin“ staunt Ende 2017 in einer Sonderausgabe „Die 1001 reichsten

Deutschen“: „Nie fiel es den Vermögenden hierzulande seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs leichter, ihre Besitztümer zu mehren.“ Die Zahl der Milliardäre hat sich in den Jahren nach dem Höhepunkt der Krise 2007 / 2008 allein in Deutschland nahezu verdoppelt. Der „Ärmste“ der 1001 Reichsten besitzt immer noch 90 Millionen Euro. Zugleich wächst schon jetzt die „Lazarusschicht des Proletariats“ (Marx) mit steigender Armut unter Kindern und Alten, mit Obdachlosen und Bettlern selbst in den „Boom“-Ländern.

Neben Regionen mit unveränderter hoher Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Stagnation gibt es Staaten – wie die BRD - mit echtem und/oder aufgebauchtem Dauer- „Boom“, mit Rekordzahlen der Beschäftigten, mit Ex- und Importrekorden in wichtigen Wirtschaftszweigen (Automobilindustrie, Maschinenbau, Chemie).

Nach Jahren des Reallohnabbaus steigt derzeit insgesamt die Massenkaufkraft und sorgt für einen Nachfragerekord im Inneren. Die Zahl der Beschäftigten erreicht ebenfalls Rekordhöhe – unabhängig von der Qualität und Dauerhaftigkeit dieser Beschäftigung. Damit steigt auch wieder der Glaube an die „Selbstheilungskräfte des Marktes“, wächst die Bereitschaft, eher um ein größeres Stück vom Kuchen zu streiten als die Frage zu stellen, wem denn eigentlich die „ganze Bäckerei“ gehören müsste.

Die imperialistischen Staaten halten an der gegen die Arbeiterklasse gerichteten Politik des Neoliberalismus fest, obgleich zentrale Dogmen des Neoliberalismus sich als Mythos entpuppt haben. Erneut wird die falsche These widerlegt, dass „der Markt alles von allein regelt“. Der Drang, die inneren Widersprüche durch Rüstungskeynesianismus, Militarismus und Kriege und auf Kosten der Umwelt zu lösen, nimmt zu.

Immer deutlicher wird: Je länger der Imperialismus existiert, desto stärker gefährdet er das Überleben der Menschheit. Er perfektioniert nicht nur das System der Ausbeutung der Arbeitskraft, er untergräbt auch die natürlichen Grundlagen des Lebens auf unserem Planeten. Kriege und der Raubbau an den klimatischen und ökologischen Grundlagen bedrohen alle Arten und Gattungen der auf diesem Planeten lebenden Flora und Fauna und damit auch die Grundlagen menschlichen Lebens.

### **3. Produktivkraftentwicklung und Entwicklung der Hauptklassen**

Seit den 1950er Jahren und beschleunigt seit den 1970er Jahren bestimmt die wissenschaftlich-technische Revolution Tempo und Umfang der Kapitalakkumulation. Dabei stellt die sogenannte digitale Revolution nur einen von mehreren Bausteinen der neuen Etappe der wissenschaftlich-technischen Revolution dar. Neuro- und Mikrobiologie, Nanotechnik, die Eingriffe in das menschliche, tierische und pflanzliche Erbgut erlauben, Kern- und Elementarteilchenphysik, Erfolge in der Neurobio- und psychologie, Fortschritte in der Biochemie und Kosmosforschung zeigen welche Höhen und zugleich Tiefen der von der kapitalistischen Produktionsweise angetriebene wissenschaftlich-technische Fortschritt erzielt.

Mit dem neuen Produktivkraftsprung wird teilweise ein qualitativ neues Unterwerfungsverhältnis der Produzenten unter ihre eigenen Produkte erreicht. Die von der kapitalistischen Produktionsweise hervorgerufene Entfremdung zwischen den Menschen, zwischen Mensch und Natur und der Menschen zur Arbeit und ihren eigenen Produkten erfährt neue Qualitäten. Das Verhältnis des Menschen zu der in der modernen Technologie vergegenständlichten menschlichen Arbeitskraft – sprich, die Beziehung zwischen den Produzenten und den Arbeitsmitteln als Produkte ihrer eigenen geistig-körperlichen Fähigkeiten – erreicht eine neue Stufe der Entfremdung.

Das geht weit über Fragen der Arbeitsorganisation, unregelter Arbeitszeiten, des Zwangs zu ständiger Verfügbarkeit, der permanenten Entwertung beruflicher Qualifikationen und des Drucks zur Perfektionierung beruflichen Fachwissens nach den Vorgaben des Kapitals hinaus. Wenn schon Marx davon spricht, dass die Verwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft dazu führt, dass der arbeitende Mensch aus der Rolle des unmittelbaren Produzenten heraustritt und zum „Regulator und Wächter“ über den von Maschinen durchgeführten unmittelbaren Produktionsprozess wird, er damit also nicht mehr nur „Be-Diener“ der Maschinen wird, sondern in wachsendem Maße ihr Kontrolleur, so verkehrt sich dieses „Herr-Diener-Verhältnis“ zunehmend. Immer mehr Lohnabhängige sind den Folgen des neuen Produktivkraftsprunges nicht gewachsen. Depressionen und Burn-Out sind Volkskrankheiten geworden. Das ist nur eine der vielfältigen Konsequenzen dieser Entwicklung.

In der Kontinuität der schon bedeutend älteren Digitalisierungsentwicklung markiert die Entwicklung des Internets seit den 1990er Jahren die technologische Grundlage für einen weiteren Sprung in der Produktivkraftentwicklung. Die Digitalisierung durchdringt sämtliche Bereiche der Gesellschaft. So ist schließlich eine neue materielle Wirkebene entstanden, auf der sozialer Austausch und Kommunikation zwischen Menschen an unterschiedlichen Orten in Echtzeit stattfindet – bis hin zu wirtschaftlichen Kooperationsbeziehungen, inklusive der Organisation von Arbeit und Produktion. Es gibt heute so gut wie keinen Bereich in Produktion oder Verwaltung mehr, der ohne die Unterstützung digitaler Systeme funktioniert.

Die Kampagne des deutschen Monopolkapitals unter dem Titel „Industrie 4.0“ beschreibt den eigentlichen Kern des Produktivkraftsprunges nur unzutreffend. Sie unterschlägt sowohl die Kontinuität der Digitalisierungsentwicklung seit spätestens den 70er Jahren, als auch die neue Qualität, die diese materielle Wirkebene auf der Basis des Internets für die sozialen Austauschbeziehungen in der Gesellschaft bedeutet. Sie blendet zweitens die Instrumentalisierung dieser Technologie für die Intensivierung der kapitalistischen Ausbeutung aus.

Mit dem Aufstieg der IT-Industrie zu einer neuen Leitindustrie kommt es zu weitreichenden Strukturveränderungen auf der Kapitalseite. Die Herausbildung einer neuen Stufe der Trennung von Hand- und Kopfarbeit verändert zugleich die Zusammensetzung und die Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse: Auf der einen Seite werden von einer wachsenden Zahl von Produktionsarbeiter und -arbeiterinnen IT-Qualifikationen und die Übernahme von Steuerungsfunktionen im Produktionsprozess erwartet, auf der anderen Seite

werden durch zunehmende Standardisierung und Zergliederung von Verwaltungstätigkeiten, aber auch von Softwareentwicklung und Dienstleistungen im IT-Sektor die Qualifikationen der in diesen Sektoren tätigen Beschäftigten tendenziell entwertet.

### **Strukturveränderungen auf der Seite des Kapitals**

Die durch verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse erzielten Profite finden im auf die Nutzung der Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gestützten beschleunigten Innovationszyklus neue potenziell profitable Anlagemöglichkeiten. Gleichzeitig verschärft sich die Abhängigkeit der nicht-monopolistischen Bourgeoisie von den Monopolen, die zum Beispiel mittelständischen Industrieunternehmen neue Standards über die digitale Vernetzung der Wertschöpfungsprozesse diktieren und den steigenden Kostendruck an die Kette kleiner Zulieferunternehmen weiterreichen können.

Es kommt auch zu qualitativen Strukturveränderungen innerhalb des Monopolkapitals selbst. Wichtige traditionelle Industriekonzerne wie Siemens oder Bosch entwickeln sich partiell und zunehmend zu Software-Unternehmen und bauen ihre Geschäftsfelder in diese Richtung aus.

Die Information selbst, d.h. die gewaltigen Datenmengen und die zugehörige Infrastruktur, wird zu einem wichtigen Produktionsmittel, und die Frage der Hoheit darüber zu einer strategischen Machtfrage, sowohl in der innerkapitalistischen Konkurrenz als auch – und besonders – in der Klassenseinsetzung.

Mit der Bedeutungszunahme der Elektromobilität, der Sensortechnik bis hin zur künstlichen Intelligenz steht auch die Automobilindustrie, in der Software- und Datenkompetenz eine immer größere Rolle spielen, vor einem Umbruch. Umgekehrt brechen IT-Konzerne wie SAP, Google oder Amazon immer tiefer in die Geschäftsfelder der klassischen Industrie ein. Die Frage der Hoheit und Kontrolle über die riesigen Datenmengen wird dabei zu einer strategischen Machtfrage in immer mehr Wirtschaftsbereichen, weit über die Informations- und Telekommunikationsbranche hinaus. Gleiches gilt für die Kontrolle der IT-basierten Infrastrukturen im sogenannten „Internet der Dinge“.

Das Schlagwort „Industrie 4.0“ ist in erster Linie zu verstehen als Offensive des deutschen Monopolkapitals. Der deutsche Imperialismus will damit seine dominierende Stellung in der EU festigen und ausbauen. Hierzu soll massive Technologieförderung beitragen – finanziert aus staatlichen Mitteln, im Wesentlichen also durch die Werkstätigen. Mit dem Verweis auf den beträchtlichen Rückstand, den „Deutschland“ im Bereich der IT-Entwicklung habe, soll diese Kampagne, als notwendig und „alternativlos“ dargestellt werden. Deutschland soll „Leitmarkt für Industrie 4.0“ werden. Das Ziel ist, eine eigene, von den USA unabhängige IT-Infrastruktur zu entwickeln.

### **Strukturveränderungen auf der Seite der Arbeiterklasse**

Mit der Verwandlung der Wissenschaft in eine „unmittelbare Produktivkraft“, so wissen wir seit Marx, verändert sich die Rolle der lebendigen Arbeit für

den Kapitalverwertungsprozess. Die durch die Digitalisierung vorangetriebene Entwicklung der Produktionsabläufe zeigt die Möglichkeiten an, bis zu welchem Grade das allgemeine menschliche Wissen zur unmittelbaren Produktivkraft werden kann und daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst unter die Kontrolle des „general intellect“ kommen könnten. „Wächter und Regulator“ des Produktionsprozesses ist der Arbeiter allenfalls hinsichtlich der zu bedienenden Maschinerie. Bei allem Aussaugen seines „humanen Kapitals“ hat der Arbeiter weiterhin keinen Einfluss auf Sinn und Zweck seiner produktiven Tätigkeit. Stattdessen ist er konfrontiert mit Intensivierung der Arbeit, Forderungen nach ständiger Erreichbarkeit und Flexibilisierung der Arbeitszeit, permanenter Kontrolle und Überwachung, Unsicherheit des Arbeitsplatzes – Erscheinungen, denen sich viele nicht gewachsen fühlen.

Vor dem Hintergrund der kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse besteht die Haupttendenz darin, dass mit dem zunehmenden Ausschluss immer größerer Teile der Arbeiterklasse aus dem Verwertungsprozess die Potenziale der menschlichen Produktivkraft mehr und mehr verschwendet werden. Diese Tendenz zur umfassenden Prekarisierung beeinträchtigt das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit schon heute zu Ungunsten der Arbeiterklasse. Das wird durch eine neue Rationalisierungswelle noch verstärkt werden.

In den hochentwickelten imperialistischen Staaten hat der Anteil der Industrieangestellten in den Unternehmen und unter ihnen wiederum der Anteil der wissenschaftlich-technischen Intelligenz bereits seit den 50er Jahren beständig zugenommen. Die relative Autonomie und höhere Einstufung in der innerbetrieblichen Hierarchie wird bei den genannten Schichten der Lohnabhängigen abgesenkt. Moralischer Verschleiß, Dequalifizierungsprozesse und die daraus resultierende Tendenz zur Entwertung ihrer Arbeitskraft rückt sie näher an den Status der Masse der Lohnabhängigen heran.

Der Anteil von Beschäftigung jenseits des Normalarbeitsverhältnisses hat sich von 1991 bis 2015 nahezu verdoppelt. Das betrifft insbesondere Minijobs und andere geringfügige Beschäftigungen. 45 Prozent aller Neueinstellungen erfolgen befristet. Daneben haben Leiharbeit und Solo-Selbstständigkeit massiv zugenommen. Auch Werkverträge zählen zur Arbeitsrealität. Hier verbinden sich prekärer Beschäftigungsstatus und niedriges Entgelt zu einer Erwerbslage, die zwar Erwerbstätigkeit, aber kaum eigenständige Existenzsicherung und verlässliche Lebensplanung garantiert. Darin besteht das „deutsche Jobwunder“.

Insbesondere in niedrig- und mittelqualifizierten Angestelltenbereichen werden im Zuge neuer Automatisierungsmöglichkeiten weitere Arbeitsplätze abgebaut. Zum anderen werden zunehmend Methoden der Arbeitsorganisation aus der Fabrik in die Büros übertragen. Sekundengenaue, datenbasierte Kontrolle der Arbeitsprozesse (z.B. Ticket-Systeme) auf der einen Seite führen genauso wie eine Aufweichung fester Arbeitszeiten und -orte auf der anderen Seite zu einer Intensivierung der Ausbeutung.

Die sogenannte digitale Revolution bedeutet also weder das Ende der Industrie noch das Ende der Arbeit. Im Gegenteil schafft sie vielmehr die Voraus

setzungen für eine neue Qualität der Industrialisierung, die zunehmend auch sämtliche Bereiche der Angestelltenarbeit erfasst. Diese Bereiche sind ihrem Wesen nach Bestandteil der Produktionsinfrastruktur und die in diesem Bereich beschäftigten Werk­tätigen leisten überwiegend unmittelbar produktive Arbeit im Sinne der Produktion – und nicht nur der Umverteilung – von Mehrwert.

Es kommt zu einem Übergang größerer Teile akademisch gebildeter Mittelschichten in die Arbeiterklasse – und zwar bis hinein in die industriellen Kerngruppen, die die entscheidende Rolle für die gewerkschaftliche und politische Mobilisierungs- und Handlungsfähigkeit der Arbeiterklasse insgesamt spielen. Diese in den letzten Jahrzehnten stark angewachsenen neuen Gruppierungen der Lohnabhängigen gehörten bislang nur in geringem Umfang zur Arbeiterklasse im engeren Sinne. Ihr Hauptteil unterschied sich in wichtigen Klassenmerkmalen sowohl von der Bourgeoisie als auch – trotz des Status der Lohnabhängigkeit – von der Arbeiterklasse. Nach Einkommensgröße, Bildungsniveau und Stellung in der Gliederung der gesellschaftlichen Produktion standen diese Teile der Werk­tätigen und des „gesellschaftlichen Gesamtarbeiters“ zwischen den beiden Hauptklassen Proletariat und Bourgeoisie.

Diese neuen Teile der Arbeiterklasse und des sich ebenfalls verändernden Klassenkerns verlieren je nach Grad ihrer Qualifikation und Stellung in der Organisation der Arbeit in den Betrieben alte Privilegien und soziale Vorteile. Auch der Besitz eigener Produktionsmittel schützt sie nicht vor den üblichen Unsicherheiten der traditionellen Schichten der Arbeiterklasse. Sie leben zum Teil als Schein- oder Solo-Selbstständige und haben dann teilweise unterdurchschnittlichen Verdienst, schlechte soziale Absicherung oder nur sehr kurzfristige Zeitverträge.

So bringt die Digitalisierung unter den Bedingungen der kapitalistischen Lohnarbeit und Erwerbstätigkeit ein digitales Prekariat hervor, das ein Leben am Rande des Existenzminimums führt. Diese modernen Proletarier, die sich aufgrund ihrer bisherigen Position im Produktionsprozess noch über dem Großteil der Klasse sehen, verfügen über kein historisch gewachsenes Verhältnis zur Arbeiterbewegung. Daraus resultiert eine relativ große Distanz zu ihren Organisationen und Institutionen sowie eine gewisse klassenpolitische Orientierungslosigkeit.

#### **4. Imperialismus und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen**

Trotz einer rapiden Beschleunigung der Klimaveränderungen sind die internationalen Bemühungen der Gegensteuerung, wie auf dem Weltklimagipfel in Bonn, weitgehend erfolglos geblieben. Der dem Maximalprofit als höchstem Wert verpflichtete Imperialismus zeigt sich unfähig, ernsthafte Maßnahmen gegen die Erderwärmung durchzusetzen.

Die innerimperialistische Konkurrenz, die geostrategischen Macht- und Positionskämpfe, die schon seit Beginn der Industrialisierung ökonomisch betrachtet über eine Konkurrenz des Akkumulationsvolumens und der Akkumulationsgeschwindigkeit ausgetragen werden, verhindern bislang eine Einschränkung der sich strukturell ausweitenden Verbrennung fossiler Energieträger. Letztere

werden laut Internationaler Energieagentur mit rund einer halben Bio. Dollar pro Jahr subventioniert. Es gibt keine „marktwirtschaftliche Lösung“ des Klimaproblems, da die eingelagerten Kohlenstoffreserven schlicht zu groß sind, als dass auf einen prohibitiven Preisanstieg vor ihrer Erschöpfung spekuliert werden könnte. Ein vollständiger Verbrauch aller Kohlenstoff-Ressourcen würde nach heutiger Kenntnis dramatische Auswirkungen für das globale Klima haben. Schon vom heutigen Stand gilt für junge Menschen: sie werden erleben, dass große Teile des Globus unbewohnbar werden. Das Überleben der Spezies Mensch in einer zivilisierten Form macht den Ausstieg aus der Kohlenstoffindustrie noch in diesem Jahrhundert, besser noch bis 2050 erforderlich.

Die sich der Menschheit durch die Klimaveränderungen stellenden Herausforderungen machen tiefgreifende und umfassende Maßnahmen v.a. im Verkehrswesen, sowohl dem (internationalen) Warentransport wie auch dem Personenverkehr, und damit der Raumstruktur, der Produktionsverfahren, der Landwirtschaft, insbesondere auch der Massentierhaltung, der Energiebereitstellung (Wärme, Elektrizität, Mobilität) sowie ihrer Speicherung erforderlich.

Es geht um Vermeidung, Reduzierung und Kompensation von Belastungen und zwar im globalen Maßstab. Es geht also um weitreichende Eingriffe in die gesellschaftliche Produktion und ihre räumliche Ausgestaltung, die unweigerlich mit den herrschenden Eigentumsverhältnissen in Konflikt geraten. Technische Entwicklungen sind dementsprechend zwar Teil möglicher Lösungen, aber sie ersetzen nicht die Fragen nach der Entscheidungs- und Umsetzungsmacht über getroffene oder unterlassene Maßnahmen.

Daher darf es auch nicht verwundern, wenn der deutsche Staat, wie andere Länder auch, diesen Herausforderungen mit dem Bestreben der Absicherung der Verwertungsbedingungen insbesondere der Großkonzerne, der Entwicklung von Technologieführerschaft als nationalem Standortvorteil sowie der Umlage von Umstrukturierungskosten auf die werktätige Bevölkerung begegnet. Die Klimaschutzpolitik kapitalistischer Staaten wird somit zur doppelten Belastung für die Arbeiterklasse: sie ist es, die mangels individueller Schutzmöglichkeiten unter den Auswirkungen der Klimaveränderung besonders leiden wird, und sie ist es, der die Kosten für die Umstellung z.B. auf andere Energieträger aufgebürdet (z.B. EE-Umlage).

Die anthropogenen Klimaveränderungen werden die ohnehin durch die imperialistisch dominierte Weltwirtschaft und die Kriegspolitik der imperialistischen Staaten ausgelösten Flüchtlingsbewegungen erheblich verstärken. Angesichts der aggressiven Abschottungspolitik dieser Staaten, die schon heute tausende Todesopfer fordert, zeichnet sich eine globale humanitäre Katastrophe schon heute ab.

## **5. Widersprüche und Gegenkräfte zur Offensive des Imperialismus**

Die Offensive des Monopolkapitals bestimmt nach wie vor die gegenwärtige Etappe in ihrer gesamten Widersprüchlichkeit. Die unüberwindlich scheinende Überlegenheit der imperialistischen Sieger im Klassenkampf gegen den Sozialismus und die internationale Arbeiterbewegung zeigt jedoch Risse.

---

Die Arbeiterklasse ist in diesen Klassenauseinandersetzungen objektiv die entscheidende Kraft. Im Protest, wie zur Veränderung der Verhältnisse: Generalstreiks der Gewerkschaften haben insbesondere seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise in Portugal, Spanien, Griechenland Hunderttausende, ja Millionen auf die Straße gebracht und machten demonstrativ deutlich, welche Kraft sie entfalten können.

International koordinierte Kampfaktionen sind immer noch die Ausnahme. Die Vernetzung der Gewerkschaften ist ungenügend. Das liegt auch an sozialpartnerschaftlichen Illusionen, die immer noch in der Gewerkschaftsbasis verankert ist. Es wird daher viel davon abhängen, ob sich die Gewerkschaften in dieser Situation von Illusionen über Sozialpartnerschaft und CoManagement verabschieden und stattdessen Klasseninteressen wahrnehmen. Dafür treten Kommunistinnen und Kommunisten ein. Notwendig sind Gewerkschaften, die eine autonome Interessenvertretung betreiben, selbst politisch handeln und Teil einer Massenbewegung gegen die Krisenpolitik der Herrschenden werden. Notwendig sind Gewerkschaften, die massivere Aktionen für ihre eigenen Forderungen nach Rücknahme des Sozialraubs der vergangenen Jahre entwickeln. Hier ist es Aufgabe der Kommunisten ein Klassenbewusstsein zu entwickeln.

Es formieren sich in wichtigen Ländern wie den USA, Großbritannien und Frankreich starke Reform- und Sammlungsbewegungen, die Alternativen zur Austeritäts- und Privatisierungspolitik und mehr Demokratie durchsetzen wollen. Auch die EU-weite Bewegung gegen TTIP und CETA war ein machtvolleres Beispiel des Widerstands gegen imperialistische Politik bis weit in bürgerliche Kreise hinein. Es entwickeln sich, wenngleich noch unzureichend und deutlich zu schwach, Kampf- und Widerstandsaktionen der organisierten Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gegen die Angriffe auf den Lebensstandard, die Untergrabung von Tarifvereinbarungen, Massenentlassungen, die Zerschlagung der sozialen Sicherheitssysteme und die Beschneidung der Rechte von Gewerkschaften auf freie Betätigung.

Vielen dieser Kämpfe mangelt es noch an Klarheit über den wirklichen Gegner, manche haben einen ständischen Charakter. Teilweise dominiert die Standortlogik, die die Konkurrenz innerhalb der Klasse und nationalistische Stimmungen noch verstärkt.

Kommunistische Parteien sind an vielen dieser Abwehrkämpfe beteiligt, werden oft aber nur am Rande wahrgenommen. Ausnahmen sind in Europa Belgien, Griechenland, Portugal, Tschechien und Zypern, in denen Kommunistische Parteien Masseneinfluss besitzen. In anderen Regionen haben Kommunistische Parteien weiterhin, teilweise sogar bedeutsamen, Einfluss: in Brasilien, Indien, Japan, Nepal, der Russischen Föderation, Südafrika und Chile. Zu den Kräften des Widerstands und des Fortschritts auf internationaler Ebene zählen auch Staaten mit sozialistischer Orientierung und mit Regierungen die - gestützt auf die Bevölkerung - eine Alternative zum Neoliberalismus suchen und sich gegen die Dominanz des US Imperialismus in den internationalen Beziehungen wehren. Eine besondere Bedeutung kommt Kuba zu, das unter schwierigsten Bedingungen den sozialistischen Weg gegen alle imperialistischen Angriffe verteidigt.

Die führenden imperialistischen Mächte sind sich einig in ihrer Strategie der Einkreisung der Russischen Föderation und der Volksrepublik China. Dies stellt heute die Hauptkriegsgefahr dar. Wenn die VR China und die Russische Föderation ihre Souveränität gegen diese Einkreisungspolitik verteidigen, ist dies legitim. Durch ihre Interessen an einer multipolaren Welt verteidigen sie die Charta der Vereinten Nationen in ihrer Außenpolitik. Auch wenn die Multipolarität die systembedingten innerimperialistischen Widersprüche und schon gar nicht die Widersprüche zwischen dem imperialistischen Block und den antiimperialistisch oder sozialistisch orientierten Staaten keineswegs lösen kann, sondern diese sogar teilweise vertieft, begrenzt sie die Dominanz der imperialistischen Hauptmacht USA. Dies liegt objektiv im Interesse der Friedensbewegung und der antiimperialistischen Kräfte der Welt. Dabei übersehen wir keineswegs, dass die Russische Föderation ein kapitalistisches Land ist; aber es wird bedroht wegen seiner auf Souveränität und Verteidigung der Charta der Vereinten Nationen ausgerichteten Außenpolitik

Durch die antirussische und antichinesische Ausrichtung der NATO und ihre Ausdehnung bis unmittelbar an die Westgrenzen der Russischen Föderation wächst die Gefahr, dass sich regionale Stellvertreterkriege zu einer Konfrontation zwischen dem größten imperialistischen Kriegspakt NATO auf der einen und der Russischen Föderation und China auf der anderen Seite zuspitzen.

### **Die Zunahme zwischenimperialistischer Widersprüche und die Rolle des deutschen Imperialismus**

Doch auch die Konflikte zwischen den imperialistischen Hauptländern sind nicht mehr zu verbergen. Die US-Bourgeoisie will die europäischen Staaten stärker an den Militär- und Kriegskosten ihres überdehnten Imperiums beteiligen. Auf Drängen des militärisch-industriellen Komplexes, welches seinen Ausdruck in der Schaffung von PESCO findet, versucht sich die EU eine eigene militärische Schaltzentrale zu verschaffen, die neben und unabhängig vom US-Imperialismus handeln kann. Mit dem „Brexit“ verlässt erstmals ein Land die EU. Die Macht des Monopolkapitals als Spitzensektor der Kapitalistenklasse ist durch diese Risse aber nicht gefährdet.

Die herrschende Klasse in einem imperialistischen Land ist kein homogener Block. Gerade zu der Frage nach dem Verhältnis zur Russischen Föderation und der Sorge um den Frieden in Europa hat es in der jüngeren Vergangenheit Stimmen aus der Bourgeoisie gegeben, die sich aus unterschiedlichen Motiven um Kooperation und Ausgleich mit der Russischen Föderation anstelle einer gefährlichen Konfrontation bemüht haben. Wie ambivalent sich solche Konstellationen gestalten können, zeigt sich in den USA, wo sich mit Donald Trump ein Vertreter der nicht außenwirtschaftlich orientierten Fraktion des Großkapitals bei den Präsidentschaftswahlen durchgesetzt hat, der für anfängliche Tendenzen zum Isolationismus und zum Protektionismus jedoch massiv vom militärisch-industriellen Komplex und den „Falken“ der US-Außenpolitik bekämpft wird. Dies ist Ausdruck längerfristiger tiefgreifender strategischer Auseinandersetzungen innerhalb des US-Großkapitals um die Frage der Rolle der USA vor dem Hintergrund ihres schwindenden ökonomischen Gewichts. Für die fortschrittlichen Kräfte ist es von zentraler Bedeutung, in solchen elementaren Fragen zu differenzieren, bestehende Widersprüche in der Bourgeoisie zu vertiefen und für den Erhalt des Friedens zu nutzen.

---

Das imperialistische Deutschland setzte nach 1945 zu keiner Zeit auf einen eigenständigen Weg gegenüber der NATO, sondern akzeptierte die Rolle der USA als die eines wohlwollenden Hegemonen. Entsprechend seines besonderen ökonomischen Gewichts strebt der deutsche Imperialismus aber zunehmend nach größerem Einfluss innerhalb des Militärbündnisses und nach einer Forcierung der EU-Militarisierung. 2013 forderte die Studie „Neue Macht – neue Verantwortung“ der Stiftung Wissenschaft und Politik eine deutlich aggressivere deutsche Außenpolitik, die an der Seite der USA, in der Ukraine umgehend praktiziert wurde. Demnach sollen bewährte Partnerschaften Vorrang haben vor den Beziehungen zu den aufsteigenden Mächten. Deutschland müsse Mächte wie Russland einbinden „oder sie einhegen, indem es sie in ihrem Handlungsspielraum einengt“. Die NATO sei ein „Kräfteverstärker für deutsche sicherheitspolitische Interessen“. Russophobie und Sanktionen gegen die Russische Föderation, die Bundeswehr an den EU-Ostgrenzen, das stärkere neokolonialistische Engagement in Nahost und Afrika, einschließlich von Militäreinsätzen, folgen dieser Strategie.

Angesichts der Unsicherheit über den US-Kurs unter Trump wird erneut mehr europäische Autonomie gefordert und die in der BRD ohnehin geplante massive Erhöhung der Rüstungsausgaben als Beitrag zur Verteidigung der „Werte und Prinzipien des Westens“ verklärt. Laut SIPRI Jahrbuch 2017 summieren sich die Rüstungsausgaben der USA, des Spitzenreiters, auf 611 Milliarden, Chinas auf 211 Milliarden, Saudi-Arabiens auf 63,7 Milliarden, Indiens auf 56 Milliarden und Deutschlands auf 41,1 Milliarden. Dagegen belaufen sich die russischen Militärausgaben derzeit mit 69,2 Milliarden nur auf 27 Prozent dessen, was die europäischen NATO-Staaten ausgeben und auf etwas mehr 10 Prozent der US-Ausgaben. Die Bundesregierung will künftig ihre Ausgaben schrittweise auf die von der NATO vereinbarten 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufstocken, das entspräche rund 70 Milliarden Euro.

Die forcierte Aufrüstung der Bundeswehr kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der US-Imperialismus in militärischer und auch ökonomischer Hinsicht auf absehbare Zeit die führende Kraft im imperialistischen Lager bleiben wird, in dessen Windschatten die deutsche Monopolbourgeoisie bleibt, um ihre expansiven Interessen im Weltmaßstab durchzusetzen und ihre Rolle weitere auszubauen.

Die DKP bezieht Position gegen die sogenannte Äquidistanzthese, nach der die aggressive NATO-Strategie und die Art, wie Russland sich dagegen verteidigt, auf eine Stufe gestellt werden. Sie grenzt sich ab von sogenannten antideutschen Bewegungen und Positionen, die unter Negierung von deren imperialistischem Charakter die USA und deren Haupt- und Juniorpartner im Nahen Osten, Israel, gegen Kritik verteidigen, die sie als Antiamerikanismus bzw. Antisemitismus diffamieren.

Sie hält Hoffnungen und Erwartungen, dass durch den Aufstieg Russlands und Chinas eine „multipolare Weltordnung“ entstehen könnte, die eine dauerhafte solidarische oder zumindest friedliche Regelung der internationalen Beziehungen ermöglicht, allerdings für illusionär. Anders als vor 1989 gibt es kein starkes sozialistisches Lager mehr, das den Imperialismus durch seine militärische Kraft dazu zwingen kann, seine Aggressionspläne zumindest zeitweilig

zu zügeln. Eine „multipolare“ Welt unter kapitalistischen Bedingungen bleibt noch immer eine Welt des Imperialismus, des weltweiten Konkurrenzkampfes und der Kriegsgefahr. Aber unter den Bedingungen einer zunehmenden aggressiven Außenpolitik des US-Imperialismus und des NATO-Blocks kommt es auch darauf an, Widersprüche zwischen den konkurrierenden kapitalistischen und imperialistischen Staaten und auch die Widersprüche zwischen dem imperialistischen Lager und den Staaten, die sich für einen sozialistischen und antiimperialistischen Entwicklungsweg entscheiden zu erkennen und für eine Begrenzung der Kriegsgefahr auszunutzen. Dass dies möglich ist, wurde in der letzten Zeit durch die Rolle Russlands in Syrien bestätigt.

### **Das imperialistische Staatenbündnis EU unter Vorherrschaft des deutschen Imperialismus**

Wie ihre Vorläufer EWG und EG war die EU von Anfang an ein imperialistisches Bündnis. Sie wurde im Kalten Krieg gegründet auf Betreiben des US-Imperialismus und im Interesse der herrschenden Klassen in den Kernländern des kapitalistischen Europa. Trotz konkurrierender Interessen untereinander waren sich die imperialistischen Mächte vor allem einig in der Schaffung eines Bollwerks gegen den realen Sozialismus. Die ehemaligen Westalliierten verfolgten zugleich das Ziel, den geschwächten deutschen Imperialismus in das neugegründete antisozialistische Bündnis einzubinden und so zu zähmen. Auf der anderen Seite standen und stehen die EU und ihre Vorläufer in der Tradition des Strebens des deutschen Monopolkapitals nach einer Kontrolle über den großeuropäischen Wirtschaftsraum.

Der deutsche Imperialismus hat sich dem Versuch seiner Einhegung durch eine Einbindung in die EU erfolgreich widersetzt und mit der Einverleibung der DDR und aufgrund der unangefochtenen Konkurrenzfähigkeit der deutschen Konzerne den Kampf um die Vorherrschaft in der EU gewonnen. Er nutzt die EU und den Euro als Instrumente, um mit seiner Exportorientierung die EU, vor allem deren Peripherie, zu seinem Hinterhof zu machen und als Ausgangsbasis für seine Rolle als globale Wirtschaftsmacht zu nutzen. Gegenwärtig wirkt der deutsche Imperialismus auseinandertreibenden Tendenzen in der EU entgegen, indem er sich zum Vorreiter der gemeinsamen Militarisierung und Abschottung der EU-Außengrenzen macht und im Bündnis mit Frankreich einen Kontrapunkt gegenüber der Politik des derzeitigen US-Präsidenten Trump setzen will.

Das imperialistische und reaktionäre Konstrukt EU, das haben vor allem die arbeitenden Menschen in den schwächer entwickelten Peripheriestaaten der EU leidvoll erfahren, lässt sich weder auf irgendwelche fiktiv demokratischen und sozialen Ursprünge zurückführen noch in ein Instrument für eine soziale und progressive Politik verwandeln. In dieser Situation ist der Kampf gegen die Aufgabe nationaler Souveränität zugunsten der Machtbefugnisse des EU-Ministerrats, der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und informeller Gremien wie der Eurogruppe mit der Perspektive eines Austritts aus der EU und der Eurozone zu führen. Dieser Kampf der Arbeiterklasse und anderer Schichten gegen die EU ist zugleich gegen die eigene Monopolbourgeoisie gerichtet und ebnet einen antimonopolistischen und antiimperialistischen Weg für einen solidarischen und gleichberechtigten Zusammenschluss der Völker.

In Deutschland ist die Verteidigung der demokratischen und sozialen Elemente des Grundgesetzes dabei ein entscheidendes Kampffeld.

### **Rolle des Nationalismus als Spaltungsinstrument im Interesse der Monopole**

Die DKP sieht es als ihre Aufgabe an, Formen der nationalen Demagogie entgegenzutreten, mit denen reaktionäre Kräfte unter dem Deckmantel der Kritik am US-Imperialismus oder seiner Protagonisten für nationale Interessen Deutschlands werben, damit aber die Interessen der deutschen Monopolbourgeoisie meinen. Dazu gehört auch, dass die DKP die Stationierung von US-Atomwaffen und -Militärbasen auf deutschem Boden, von denen aus völkerrechtswidrige Angriffskriege geführt werden, als Verstoß gegen das Grundgesetz und somit als Verstoß gegen die nationale Souveränität der BRD benennen.

Die Forderung nach Abzug aller US-Atomwaffen und Schließung der US-Basen richtet sich gleichzeitig gegen die Kollaboration der politischen und wirtschaftlichen Eliten und des deutschen Monopolkapitals mit dem US-Imperialismus. Friedenspolitik und Antimilitarismus, Wahrung des Interesses an einem Leben ohne Krieg, Verteidigung von demokratischen Grundsätzen der Verfassung und der im demokratischen Sinne verstandenen „nationalen“ Interessen sind somit unmittelbarer Bestandteil der antimonopolistischen Strategie der DKP. Wir sagen deutlich Nein zu einer deutschen Atombombe und weisen auch die nukleare Teilhabe als das zurück, was sie ist: ein Instrument der deutschen Kapitalisten im Bündnis mit den USA gegen die Völker.

Reaktionäre und faschistische Bewegungen bilden eine Reserve der Monopolbourgeoisie, um die Arbeiterbewegung und demokratische Kräfte zu unterdrücken und zu spalten unter anderem durch Rassismus und Chauvinismus in verschiedensten Spielarten. Sie bereiten und bereiten den Boden vor für die Errichtung einer brutalen Diktatur der reaktionärsten Sektoren der Monopolbourgeoisie, die sich vor allem – aber nicht nur – gegen konsequent systemkritische, sich am Marxismus und Leninismus orientierende Kräfte richtet, die aber darüber hinaus größere Teile der kleinbürgerlichen Mittelschichten und auch Teile der Bourgeoisie bedroht.

Wir haben gleichzeitig zu beachten, dass „vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel eine Reihe von Vorbereitungsstapen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus unmittelbar fördern. Wer in diesen Vorbereitungsstapen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern, der erleichtert ihn vielmehr.“ (Georgi Dimitroff)

Der Faschismus ist eben nicht nur ein Feind der revolutionären Arbeiterbewegung, sondern strebt auch die Liquidierung der Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie an, die die revolutionäre Arbeiterbewegung „wie die Luft zum Atmen“ braucht (Friedrich Engels) und verteidigen muss. Daraus erwachsen Bündnismöglichkeiten die im Rahmen der antimonopolistischen Orientierung der DKP einen nicht unbedeutenden Platz einnehmen.

## Rechtspopulismus und autoritärer Sicherheitsstaat

Die weiterhin ungebrochene Unterstützung der finanzkapitalistischen Offensive durch den sogenannten neoliberalen Parteienblock und dessen Flankierung durch den europäischen und US-amerikanischen Reformismus, hat derzeit noch die Hinwendung zu einer konsequenten, einer wirklich linken Alternative weitgehend verbaut: Nationalistische, reaktionäre, sogenannten „rechtspopulistische“ Parteien wurden gestärkt und teilweise in die Nähe der Regierungsfähigkeit gebracht.

In Deutschland bietet sich die AfD den Herrschenden als Auffangbecken für die rasch wachsende Zahl, der von der neoliberalen Offensive Enttäuschten, nun als „Wutbürger“ Diskreditierten an. Dabei verbindet sie ihren als Protest gegen den „nationalen Ausverkauf“ verkleideten, fremdenfeindlichen Nationalismus mit einer umso rigideren Unterstützung des neoliberalen Kurses des Finanzkapitals gegen dessen Wirkungen sie ja gerade angetreten zu sein vorgibt. Diese Demagogie der AfD erlaubt es den Herrschenden, gerade auch den linken Protest mit dem Verweis auf eine angebliche „Querfront“ als ebenfalls borniert nationalistisch zu delegitimieren und den eigenen reaktionären Kurs als welt-offen, liberal und antidiskriminierend anzupreisen. Auch die politische Vereinnahmung der Gender-, der LGBT-Bewegung in das imperialistische Projekt, die wohlwollende propagandistische Herausstellung von Identitäts-Ideologien und -Politiken bei gleichzeitiger Bekämpfung der sozialen und Klassenkämpfe dient diesem Ziel.

Dabei geht die Hauptgefahr für die Reste der bürgerlichen Demokratie vom gegenwärtig herrschenden Machtkartell, seinen Parteien, Medien und Institutionen aus. Insbesondere der reaktionäre Charakter der Meinungsindustrie wird größeren Teilen der Bevölkerung zunehmend bewusst („Lügenpresse“), was zu einer Suche nach Alternativen zu einem breiten Angebot vor allem im Internet führt. Daher versuchen die Herrschenden, diesen Bereich der Meinungsäußerung zu diskreditieren. Mit der propagandistischen Abgrenzung des neoliberalen Parteienblocks zum Rechtspopulismus soll die schleichende Entwicklung zum autoritären Sicherheitsstaat kaschiert werden, die mithilfe der Monopol-Medien von ihnen selbst vorangetrieben wird.

Die Entwicklung zum autoritären Sicherheitsstaat heute ist eine notwendige Konsequenz der asozialen, neoliberalen Gegenreform. Die diktatorische Zuordnung der Bevölkerung beginnt heute aber weit eher, vor allem mit einer ausgefeilten und massiven, aber unmerklichen Bewusstseinskontrolle und -steuerung bis hin zur Meinungs-, Verdachts- und Vorbeugekriminalisierung. Der Konformitätsdruck einer herrschaftsgesteuerten Political Correctness ist gewaltig wie man an zahlreichen Selbstzurichtungen der Partei „Die Linke“ exemplarisch studieren kann.

Wenn die nationale Frage die Klassenfrage überdecken soll, wie es schlechte bürgerliche Tradition ist, dann setzen wir Kommunistinnen und Kommunisten dem die Erfahrung der gemeinsamen Ausbeutung der Arbeiterklasse und der werktätigen Schichten des Volkes durch das Monopolkapital entgegen. Dabei ist es unerheblich, ob an die Stelle des traditionellen deutschtümelnden Nationalismus die „aufgeklärtere“ Variante des „EU-Nationalismus“ tritt oder

eine Kombination aus beidem. Alle drei Varianten spielen für die Herrschaftssicherung der imperialistischen Bourgeoisie im eigenen Land und in der EU eine zentrale Rolle.

Nationaler Nihilismus, die Kehrseite des Nationalismus, wie er in weiten Teilen der Linken vorherrscht, ist mit dieser Strategie der Spaltung kompatibel und stützt – gewollt oder nicht – die imperialistische Offensive. Darüber hinaus überlassen Teile der Linken dieses Feld des ideologischen Klassenkampfes kampflos den Herrschenden, schließen die Möglichkeit ihrer klassenmäßigen Beantwortung vom Standpunkt der Arbeiterklasse kategorisch aus und verunglimpfen die nationale Frage als Nationalismus. Damit haben Kommunistinnen und Kommunisten nichts zu tun. Unsere Kolleginnen und Kollegen, unabhängig von ihrer Herkunft, sind Teil der Arbeiterklasse unseres Landes. Mit der Arbeiterklasse anderer Länder verbindet uns unser proletarischer Internationalismus. Mit all diesen Arbeiterinnen und Arbeitern stehen wir somit objektiv auf einer Seite gegen deutsche und ausländische Ausbeuter.

## **B. Der Kampf der Kommunistinnen und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland**

### **1. Das Ziel der DKP ist der Sozialismus/Kommunismus**

Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist und bleibt der grundlegende Klassenwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft. Seine Lösung erfordert die sozialistische Revolution.

„Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen voraus. Sie gründet sich auf das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln, an den Finanzinstituten und Naturressourcen. Sie ermöglicht damit die planvolle Nutzung und Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums zum Wohle der Allgemeinheit und die immer bessere Befriedigung der wachsenden kulturellen Bedürfnisse.“ (Programm der DKP)

Elementare Bestandteile des Sozialismus sind

- die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel und die Enteignung der wichtigsten kapitalistischen Unternehmen,
- die Errichtung einer sozialistischen Demokratie unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, die sich dafür neue politische Herrschaftsinstrumente schafft, den alten kapitalistischen Staatsapparat mit seinen Machtorganen radikal ersetzt, zum Teil umbaut und auflöst und die fähig ist, diese neue proletarisch-sozialistische Demokratie zu verteidigen,
- die gesamtgesellschaftliche Planung einer ökologisch nachhaltigen und regenerativen Produktion nach den Bedürfnissen der Mehrheit der arbeitenden Menschen.

Der Sozialismus ist die erste, unreife Phase der kommunistischen Gesellschaft, die noch von den Muttermalen der alten Gesellschaft gezeichnet ist. Alle Erfahrungen zeigen, dass dies ein längerer historischer Entwicklungsweg

ist, auf dem es Rückschritte geben kann und wird, sogar Konterrevolutionen, insbesondere wenn die kommunistisch-sozialistischen Kräfte ihre Verbindung zur arbeitenden Bevölkerung verlieren und sich von den Bedürfnissen der Werktätigen entfremden.

Der Sozialismus wird verschiedene Etappen seiner „Reifung“ durchlaufen müssen. Er ist kein Paradies auf Erden. Es gilt noch das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“. Erst der Kommunismus wird sich nach dem Prinzip entwickeln: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“

Die vielfältigen Erfahrungen und Errungenschaften des realen Sozialismus, insbesondere die aus der UdSSR und der DDR sind unverzichtbarer Teil unseres historischen Erbes und unserer Identität als Kommunistische Partei.

## **2. Die antimonopolistische Strategie der DKP heute**

Wir wissen aus der langen Geschichte der kommunistischen Bewegung, dass der Sozialismus nur erkämpft werden kann, wenn zunächst die politische und ökonomische Macht des Monopolkapitals gebrochen wird. Großkonzerne, Großbanken, die Finanzoligarchie und der mit ihr verflochtene Staat bilden das Machtzentrum des heutigen Kapitalismus.

Das Monopolkapital ist das strukturbestimmende Wesensmerkmal des Imperialismus. Deshalb müssen sich alle strategischen Überlegungen und Anstrengungen gegen dieses Zentrum richten. Antiimperialistischer und antimonopolistischer Kampf sind die entscheidende Form des antikapitalistischen Kampfes gerade im hochentwickelten imperialistischen Deutschland.

Die antimonopolistische Strategie soll, ausgehend von den kurz- und mittelfristigen Interessen der Arbeiterklasse und der nichtmonopolistischen Schichten, an den revolutionären Bruch herantreiben und im Sinne der allgemeinen Überlegungen zur Stamokap-Theorie und der Kritik Lenins am „linken Radikalismus“ den „Übergang“ zur sozialistischen Umwälzung vorbereiten. Zwischen der antimonopolistischen und der antikapitalistischen Orientierung gibt es keinerlei Gegensatz.

### **Die Bedeutung des Kampfs um eine Wende zu Friedens- und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt**

Bei den außerparlamentarischen Aktionen der Friedensbewegung, der Gewerkschaften, von Elterninitiativen oder Aktionen Jugendlicher, von Initiativen gegen Neonazis und Faschismus, gegen Verschlechterungen im Bildungs- und Gesundheitswesen, gegen Privatisierungen, Demokratieabbau, Freihandelsabkommen und Umweltzerstörung steht nunmehr seit Jahrzehnten die Verteidigung früher erkämpfter sozialer Errungenschaften und demokratischer Rechte im Mittelpunkt. Diese sind durch die anhaltende Gegenreform und die damit einhergehende Rechtsentwicklung bedroht. Die Abwehrkämpfe gegen Verschlechterungen überwiegen den Kampf um neue Errungenschaften.

---

Daher heißt es in unserem Programm: „Unter den gegebenen Bedingungen werden Abwehrkämpfe im Zentrum einer ganzen Kampfetappe stehen. Schon in diesen Auseinandersetzungen wird es nur dann wirkliche Erfolge geben, wenn ein qualitativ neues Niveau bei der Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und Verwaltungen, der Erwerbslosen, der Rentner, aller von der Demontage sozialer und demokratischer Errungenschaften Betroffenen, wenn ein neuer Aufschwung der Friedensbewegung und anderer demokratischer Bewegungen erreicht werden kann. Zugleich können und müssen in den Kämpfen um die Verteidigung des Erreichten die Kräfte gesammelt werden für fortschrittliche Reformen, für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt.“ (Programm der DKP)

Dies darf nicht reformistisch als bloße Aneinanderreihung von Reformen verstanden werden, sondern als die maximale Entfaltung von Klassenkämpfen, um so konkret wie möglich Banken und Konzerne ins Visier zu nehmen. Hauptziel dabei ist die Entwicklung von Klassenbewusstsein, Zurückdrängung des Opportunismus innerhalb der Arbeiterbewegung, Stärkung der Organisiertheit der Arbeiterklasse, maximale Stärkung unserer Partei und von Gegenmachstrukturen. Dazu gehören u.a. kämpferische gewerkschaftliche Vertrauenskörper, Betriebs- und Personalräte sowie Interessenvertretungsstrukturen auf kommunaler Ebene. Es geht letztlich um die Veränderung der Hegemonie zugunsten der Arbeiterklasse. Reformkämpfe müssen an die Grenzen des Kapitalismus heranführen und damit die Notwendigkeit des Bruchs mit der Monopolmacht verdeutlichen.

Der Übergang von reinen Abwehrkämpfen hin zu Reformkämpfen zur Verbesserung der Lebens- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse im gesellschaftlichen Maßstab ist unser nächstes Etappenziel im Rahmen unserer anti-monopolistischen Strategie. Damit die Arbeiterklasse beginnt selbstbewusst und offensiv ihre Interessen zu artikulieren und dafür zu kämpfen braucht es bereits ein hohes Maß an Klassenbewusstsein und Klassenorganisation. Welche der Forderungen sich im Zuge dieser Etappe erkämpfen lassen ist nicht vorherzusehen. Weil die Verteilungsspielräume aber weiter sinken, werden selbst scheinbar kleine Reformforderungen entschieden bekämpft werden. Wir wissen, dass auch punktuelle Erfolge in dieser Etappe das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit nicht grundsätzlich umkehren. Kein Erfolg ist damit langfristig gesichert so lang die Arbeiterklasse nicht die politische Macht errungen hat.

Das für eine Wende zu Friedens- und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt nötige Niveau des außerparlamentarischen Drucks der Bevölkerung zu erreichen ist nicht einfach. So erfreulich es auch ist, dass sich in einigen entwickelten kapitalistischen Ländern derzeit linke Wahlbewegungen formieren – für die Durchsetzung einer Wende in Richtung Fortschritt hin zur Entwicklung von offensiveren Kämpfen werden Wahlen und Wahlergebnisse keinesfalls ausreichen. Die Gefahr einer Anpassung auch linker Regierungen ist angesichts von Krisen und Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals und angesichts der immer schärfer werdenden internationalen Konkurrenz heute noch größer als in früheren Perioden, in denen das internationale Kräfteverhältnis erheblich günstiger war.

Als Kommunistinnen und Kommunisten der Bundesrepublik Deutschland haben wir uns besonders mit der Tatsache auseinanderzusetzen, dass von der Stärke der deutschen Großkonzerne ein massiver Druck in Richtung reaktionärer Lösungen nicht nur im eigenen Land, sondern in der gesamten EU ausgeht, deren Länder nach dem Vorbild der Schröderschen Agenda 2010 und der Merkelschen Austeritätspolitik zugunsten von Konzernen und Banken geformt werden. Die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse in unserem Land zu Lasten des Monopolkapitals zu verändern, würde den Spielraum der Arbeiterbewegung deshalb nicht nur bei uns, sondern zugleich in anderen Ländern vergrößern und ist daher auch unsere wichtigste internationalistische Pflicht.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus von heute ist um ein Vielfaches ausgereifter und komplexer als vor 100 Jahren. Noch mehr als damals stellt er die unmittelbare materielle Vorbereitung der nächsthöheren, der sozialistischen Gesellschaft dar. Zugleich ist die imperialistische Bourgeoisie aber noch erfahrener und auch brutaler im Umgang mit einer klassenkämpferischen Arbeiterbewegung und den ihr sich anschließenden Bündniskräften geworden. Die imperialistische Bourgeoisie wird bei jedem Schritt, der in dieser Etappe in Eigentumsrechte eingreift, der an die Einschränkung, die Enteignung und die Vergesellschaftung großkapitalistischen Eigentums heranführt und in dem sie damit eine sozialistische Gefahr wittert, den allerheftigsten Widerstand mobilisieren.

Die Schwächephase der Kommunistischen Parteien ist in vielen Ländern nach dem Sieg der Konterrevolution in den sozialistischen Ländern Europas und der Sowjetunion noch nicht überwunden. Die starke moralische und politische Kraft der Sowjetunion, die über viele Jahrzehnte ein deutliches Hindernis gegenüber dem Imperialismus bildete, fehlt. Der DKP fehlt insbesondere die Kraft, die der erste sozialistische deutsche Staat als Gegengewicht gegenüber dem deutschen Imperialismus über 40 Jahre entwickelte.

Nicht zufällig konnten die Herrschenden ihren harten neoliberalen Kurs so eisern beibehalten. Er ist Ausdruck des Systemcharakters und der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus und der Schwäche antikapitalistischer Kräfte. Das kann aber nicht heißen, auf den Kampf um demokratische und soziale Reformen zu verzichten. Der Konfrontation mit der Macht des Monopolkapitals darf nicht ausgewichen werden, sondern auf sie muss orientiert werden. „Das erfordert zumindest Eingriffe in die Verfügungsgewalt des Kapitals und wirft die Eigentumsfrage auf. Herkömmliche soziale und demokratische Reformen rücken so näher an die Notwendigkeit grundlegender antimonopolistischer Umgestaltungen heran.“ (Programm der DKP)

In der gegenwärtigen Etappe des Abwehrkampfes gegen Verschlechterungen benennen wir daher demokratische Alternativen und weitergehende Teil- und Übergangsforderungen, die die scheinbar unbegrenzte Macht der Monopole einschränken und durch deren Realisierung neue Spielräume im Kampf um die Entmachtung des Großkapitals erschlossen werden könnten. Dabei werden wir nie unser langfristiges sozialistisches Ziel verschweigen. Wir begründen und propagieren die Notwendigkeit des Sozialismus und üben Solidarität mit allen Ländern, die ihn aufbauen oder die eine sozialistische Entwicklung anstreben.

## Die Kraft der Arbeiterklasse ist entscheidend

Als Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt bezeichnen wir den Beginn der Durchsetzung sozialer Reformen und demokratischer Alternativen auf breiter Front durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten. Er wäre auf Seiten der herrschenden Klasse mit einem Zurückweichen verbunden. Ob und in welchem Tempo dieser Stopp der Offensive des Kapitals und der Übergang von der Defensive der antikapitalistisch-antimonopolistischen Kräfte zur Offensive zu weiteren Schritten bis hin zum revolutionären Bruch mit der Macht des Monopolkapitals führt und ob der Bruch in einer oder in mehreren Etappen erfolgt, hängt ab von der Stärke und Reife, die die Arbeiterbewegung und ihre Verbündeten im Verlaufe des Kampfes entwickeln – also vom Entwicklungsgrad des subjektiven Faktors im Klassenkampf –, vom Kräfteverhältnis der Klassen sowie von weiteren konkreten subjektiven und objektiven Bedingungen, die im Einzelnen nicht vorhersagbar sind.

Dabei ist die Überwindung von Inkonsequenzen und strukturellen gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Fehlentwicklungen, insbesondere die dauerhaft starke und ungebrochene Dominanz von sozialpartnerschaftlichen Theorien und Illusionen, in den unterschiedlichen Führungsebenen und -gruppierungen der verschiedenen DGB-Gewerkschaften eine der wichtigen Bedingungen dafür, dass sie sich in erster Linie von den Klasseninteressen ihrer Mitglieder leiten lassen und ihre volle Wirksamkeit als kämpferische Massenorganisationen der Arbeiterklasse und Werktätigen zur Geltung bringen. Wie schon Lenin feststellte: Dieser Opportunismus innerhalb der Arbeiterklasse ist nicht mangelnder Moral einzelner Funktionäre geschuldet, sondern er ist das soziale Produkt einer ganzen historischen Epoche – des Monopolkapitalismus. Eine herausgehobene Schicht der Arbeiterklasse wird von der Monopolbourgeoisie mithilfe der Extra- bzw. Monopolprofite systematisch korrumpiert.

Bei aller Veränderung in der Arbeiterklasse ist festzuhalten, dass Streiks, einschließlich des politischen Streiks, die wichtigste Waffe war und bleibt, um in den notwendigen Kämpfen für die Durchsetzung der „Wende“ bestehen zu können, aber auch um vorwärts zu kommen.

Nötig ist auch die generelle Auseinandersetzung mit den verschiedenen Schattierungen und Varianten des Reformismus sowohl in seinen traditionellen wie neuen Formen und der Ideologie der Klassenversöhnung auch in Form eines ökologisch fundierten und systemkonformen Reformismus.

Auch angesichts der akuten Krise dieser verschiedenen Varianten des Reformismus, die sich an den teilweise dramatischen Stimmenverlusten für SPD, Linkspartei und Grünen ablesen lässt, bleibt es eine dauerhafte Aufgabe diese Varianten der Klassenversöhnung und gleichzeitig deren teilweise massive Mitwirkung und Eigenverantwortlichkeit an einer antisozialen Innen- und einer zunehmend militaristisch geprägten Außenpolitik zurückzuweisen.

Dabei bleiben wir uns der Differenziertheit und Unterschiede zwischen und innerhalb dieser Organisationen bewusst und werden auch weiterhin Chancen für gemeinsame soziale, antimilitaristische und antifaschistisch-demokratische Bündnisse nutzen.

Elemente des subjektiven Faktors im Klassenkampf sind neben der Kampfkraft der Gewerkschaften und dem einigen Handeln der Arbeiterbewegung der politische und kulturelle Einfluss und die organisatorische Kraft der kommunistischen Partei. Zwingende Voraussetzungen dafür sind ihre ideologische Festigkeit, ihre Fähigkeit zur schöpferischen Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus, ihre starke Verankerung in der Arbeiterklasse und in der Gesellschaft sowie ihr einheitliches Handeln. Die DKP setzt sich zum Ziel, sich zu einer solchen kommunistischen Partei zu entwickeln. Ob und inwieweit es der kommunistischen Partei möglich ist, sich in offener und freier politischer Auseinandersetzung flexibel mit den Massen zu verbinden oder ob sie gezwungen ist, zeitweise als Kaderorganisation zu arbeiten, hängt jeweils von der Härte des Klassenkampfes und der Fähigkeit des Klassegegners ab, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken.

Die heutigen Abwehrkämpfe sind das Feld, auf dem sich die Kräfte für grundlegende Veränderungen sammeln können. Ihr Erfolg, ihre Stärke und Qualität entscheiden über Tempo und Ausmaß künftiger revolutionärer Umbrüche. Defensivkämpfe und die längerfristige Vorbereitung einer eigenen Offensive der Arbeiterbewegung und ihrer Verbündeten sind keine getrennten Aufgaben und strategischen Optionen. Ob und inwieweit dies versucht wird und gelingt, hängt zuallererst vom bewussten Handeln des marxistischen Kerns der Arbeiterbewegung, von der strategisch begründeten Anlage und Zuspitzung der Klassenkämpfe, ab. Hier liegt die Kernaufgabe der kommunistischen Partei.

Die Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt ist die Voraussetzung dafür, dass sich in einer Phase verschärfter ökonomischer und politischer Kämpfe ein solches Kräfteverhältnis entwickeln kann, durch das eine Kampfetappe erreicht wird, die – wie Lenin sagt – „noch kein Sozialismus, aber schon kein Kapitalismus mehr (ist). Das ist ein gewaltiger Schritt zum Sozialismus, ein derartiger Schritt, dass man ... von diesem Schritt schon nicht mehr ohne eine unerhörte Vergewaltigung der Massen zum Kapitalismus zurückkehren könnte.“ (LW 25, S. 371)

Es geht also um den Beginn einer deutlichen Schwächung und Zurückdrängung, aber zunächst noch nicht um die endgültige Überwindung der Macht der herrschenden imperialistischen Großbourgeoisie. Es ist eine Kampfetappe, in der die entscheidenden Schlachten um die politische Macht und um die Verfügung über die wichtigsten Produktionsmittel erst begonnen haben und noch nicht entschieden sind.

Diese Phase stellt eine Heranführung an die proletarische Revolution dar, sie ist Bestandteil des einheitlichen revolutionären Prozesses und keineswegs ein eigenständiges gesellschaftliches Stadium, wie es immer wieder von opportunistischen Kräften suggeriert wird.

### **3. Unsere Kampfziele und Kampffelder**

Heute gilt es die dringendsten Probleme der arbeitenden Menschen aufzugreifen, Aktivitäten zu unterstützen oder zu initiieren und Forderungen aufzustellen, die geeignet sind diese Probleme anzugehen und zugleich einen Beitrag zu leisten, um auf mittlere Sicht Kräfteverhältnisse zu verändern. Wir wollen

die Bereitschaft unter den werktätigen Menschen erhöhen, die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Unsere Vorschläge für politische und ökonomische Kampffelder, auf denen sich die reale Dialektik von Defensive und Offensive entfalten kann, enthalten zugleich kurz- und längerfristige Ziele.

1. Strategisches Ziel ist es, die Offensive des Imperialismus zu bremsen und zu stoppen und zu einer Politik des Friedens und der Abrüstung, zu demokratischem und sozialem Fortschritt zu kommen.

Hier und heute die Abwehr der Offensive des Kapitals in den Fokus unserer Kämpfe zu setzen bedeutet nicht, die Illusion eines reform- und friedensfähigen Kapitalismus zu haben. Es heißt konkret, für die Beendigung aktueller Kriege zu kämpfen und gegen die Gefahr eines die gesamte Menschheit bedrohenden Krieges, ausgelöst durch die NATO-Konfrontation gegen Russland und China und mit der Gefahr des Einsatzes von Atomwaffen. Es geht darum, den Imperialismus der USA, der EU, Deutschlands sowie die NATO, das zentrale militärische Instrument der führenden Imperialismen, an der Unterwerfung anderer Staaten zu hindern.

Dies wird nicht durch Appelle an die Vernunft der Herrschenden erreicht. Es erfordert breite außerparlamentarische Bewegungen und Kämpfe, in denen wir als Kommunistische Partei den Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Militarismus und Krieg vermitteln müssen. Wenn es nicht gelingt einen atomaren Krieg zu verhindern und die weitere Unterjochung und Zerstörung ganzer Staaten durch den Imperialismus zu stoppen, sind alle Vorstellungen von weitergehenden sozialen und politischen Veränderungen illusorisch.

2. In und mit der Friedensbewegung stehen wir aktuell vor der Herausforderung, Widerstand gegen die aktuellen Planungen zur Anhebung der Militärausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu organisieren und in diesen Abwehrkämpfen die Kräfte zu sammeln, die in der Lage sind reale Abrüstung durchzusetzen.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind zu beenden und alle Rüstungsexporte zu unterbinden. Die DKP fordert Rückzug und Austritt der Bundesrepublik aus der NATO einschließlich des Abzugs aller Atomwaffen, Militärdrohnen und anderer aggressiver Arsenale. Sie verlangt die Kündigung von Stationierungsabkommen über ausländische Streitkräfte in Deutschland, die Schließung der US Kommandozentralen EUCOM und AFRICOM und das Ende der Militarisierung. Wir wehren uns gegen Bundeswehrwerbung im öffentlichen Raum und insbesondere an Schulen und Universitäten, gegen Kriegshetze und die Konstruktion von Feindbildern.

Der Vormarsch der NATO an die Grenzen der Russischen Föderation, der Ausbau der NATO zum globalen „Anti-Terror-Bündnis“ zur Führung neokolonialer Kriege und zur Zerstörung unliebsamer Staaten ist ebenso zu beenden wie der Ausbau der EU zu einer Militärmacht.

3. Anstelle von Sanktionen, militärischer Einkreisung und Stellvertreterkriegen fordern wir Beziehungen der gleichberechtigten Kooperation zur Lösung globaler und sozialer Probleme aufzubauen. Frieden in Europa kann es nur

zusammen mit der Russischen Föderation geben. Chinas Infrastrukturprojekt „One Belt One Road“ (Neue Seidenstraße) kann die Entwicklung und Kooperation zwischen Asien, Europa und Afrika fördern.

Wirtschaftsabkommen, die die Ungleichheit in der Welt vergrößern, indem sie die eigenständige Entwicklung armer Länder zugunsten der reichen imperialistischen Zentren behindern, lehnen wir prinzipiell ab.

Es geht uns um das Ende der Militarisierung der EU und der mörderischen Abschottung ihrer Außengrenzen. Interventionskriege, Land-Grabbing und Klimawandel müssen gestoppt und damit Ursachen für massenhafte Flucht, Vertreibung und Migration vermindert werden.

4. Das zentrale Kampffeld der Kommunistinnen und Kommunisten ist der Betrieb und hier vor allem betriebliche Auseinandersetzungen. Bei der täglichen Arbeit, vor allem aber in den Auseinandersetzungen um Arbeits- und Einkommensbedingungen ist ihre Position im Klassengegensatz für die Beschäftigten objektiv am deutlichsten zu erkennen.

Obwohl der Grad der Ausbeutung in den letzten Jahren sowohl im produzierenden Gewerbe, aber auch im kompletten Dienstleistungsbereich vom Kapital immer weiter erhöht werden konnte, führt dies nur bei einem Teil der Beschäftigten zu höherem Bewusstsein und zu steigender Bereitschaft, sich aktiv in Tarif- und andere Auseinandersetzungen einzubringen und für ihre Rechte zu streiten und auch zu streiken.

In großen Teilen der Belegschaften ist es der Kapitalseite – zum Teil in Zusammenarbeit mit oder zumindest ohne Gegenwehr der DGB-Gewerkschaften – gelungen, sozialpartnerschaftliche Illusionen, Standortdenken und Ständedünkel so zu unterfüttern, dass betriebliche Kämpfe gar nicht mehr stattfinden und Tarifrunden ritualisiert und oftmals ohne Beteiligung der Beschäftigten stattfinden. In diesen Auseinandersetzungen verteidigen wir die historische Errungenschaft der Einheitsgewerkschaft.

Als Resultat der Tariffucht und der gezielten Angriffe gegen die Flächentarifverträge und aufgrund neuer Tarifforderungen, wie zum Beispiel nach Personaluntergrenzen im Krankenhausbereich, gewinnen die Gewerkschaften zunehmend mehr Erfahrungen in der Auseinandersetzung um Haustarifverträge.

Obwohl es auf der Ebene der Häuserkämpfe deutlich schwieriger ist, tarifliche Erfolge zu erzielen, zwingt die Zunahme dieser Tarifikämpfe die Gewerkschaften in eine Auseinandersetzung mit dieser Art der Konflikte, bei denen die einzelnen Belegschaften das auseinandersetzungsbestimmende Merkmal sind und hier Beschäftigte reale Kampferfahrungen und Bewusstseinsbildung erleben. In diese innergewerkschaftliche Debatte bringen wir uns aktiv ein und unterstützen alle Vorgehensweisen, die die betrieblichen Kämpfe wieder zu Kämpfen der Belegschaften machen. Wir erteilen der Stellvertreterpolitik der Gewerkschaften eine klare Absage und treten im Betrieb und in den Gewerkschaften Antikommunismus, Nationalismus, Faschismus, Fremdenhass, Rassismus, Antisemitismus und Sexismus klar entgegen.

Unser Ziel ist es, die Basis für eine Aktionseinheit der Arbeiterklasse in den Betrieben zu legen und diese dadurch in den Gewerkschaften wieder erreichen zu können. Nur so ist es möglich, eine stabile Grundlage für antimonopolistische Bündnisse zu bekommen.

5. In unserem Kampf um eine Wende zu sozialem Fortschritt sind die wesentlichen Kampffelder die betrieblichen Auseinandersetzungen um Entgeltsteigerungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen.

Wir unterstützen wo immer möglich innerhalb von Betrieben Auseinandersetzungen, vor allem in den wesentlichen Kampffeldern:

- Die Kämpfe für mehr Lohn und alle Forderungen, die die materiellen Lebensbedingungen der Beschäftigten verbessern;
- Den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Dazu gehören vor allem betriebliche und tarifliche Auseinandersetzungen um Arbeitszeitfragen, die perspektivisch bei Ausweitung der Auseinandersetzungen auch eine Grundlage für gesetzliche Forderungen der Gewerkschaften und breiterer Bündnisse schaffen können z.B. für
  - mittelfristig die Kürzung der gesetzlich zulässigen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden und langfristig auf 30 Stunden.
  - die Erhöhung des gesetzlichen Mindesturlaubs auf sechs Wochen.
  - die Senkung des Rentenalters auf 63 Jahre und die Wiederherstellung des Rentenniveaus auf 70 Prozent.
- Betriebliche und tarifliche Auseinandersetzungen um Personal- oder Pensumbemessungen, wie sie gerade im Bereich der Krankenhäuser, Pflegeheime und Kitas, aber mittlerweile auch z.B. bei den Postdiensten von den Belegschaften gefordert werden.

Weitere Kampffelder, in denen wir betriebliche Auseinandersetzungen anstoßen oder unterstützen sind:

- die Wiederherstellung des Normalarbeitsverhältnisses auf der Basis einer „kurzen Vollzeit“ mit 30 Wochenstunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich als „neuem Vollzeitverhältnis“ und den Kampf gegen Prekarisierung insbesondere vor dem Hintergrund der möglichen Folgewirkungen der Digitalisierung. Dazu gehören das Verbot von Leih- und Zeitarbeit, die Zurückdrängung der sogenannten Mini-Jobs sowie das Verbot von Lohndumping durch Werkverträge.
- der Kampf gegen die Tariffucht von Unternehmen.
- der Kampf um mehr demokratische Rechte in Betrieb und Wirtschaft. Dazu gehören die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung auf Planung und Organisation des Betriebes, die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften, unter anderem auf die Aus- und Weiterbildung und auf soziale Standards für neue Tätigkeiten.

Dort, wo wir keinen oder fast keinen Zugang in Betrieben haben, unterstützen wir auseinandersetzungswillige Belegschaften durch kontinuierliche Arbeit an strategisch ausgewählten Betrieben mit dem Ziel, mittelfristig eine Verankerung in der Belegschaft zu erreichen.

6. Der weitere Abbau demokratischer Rechte muss verhindert werden. Gegen Merkels Ideal der „marktkonformen Demokratie“, in der die Konzerne ungebremst agieren und demokratischer Widerstand kriminalisiert wird, muss sich

demokratische Gegenmacht formieren. Sie beginnt mit der Formierung der Arbeiterklasse zu einer Klasse, die selbstbewusst gemeinsam mit ihren Verbündeten um ihre Interessen und Rechte kämpft und die den Zusammenhang zwischen der Herrschaft des Monopolkapitals und reaktionären sowie faschistischen Formen der Machtausübung vermittelt und den Kampf dagegen führt. Die Funktion der sozialen Demagogie der Rechten, die neuerliche Propagierung eines „sozialen Patriotismus“ seitens der AfD zugunsten der „deutschen Arbeiter und Rentner“, das Bemühen um die Organisation von Gewerkschaftern, Personal- und Betriebsräten bis hin zum Aufbau einer reaktionären Gegengewerkschaft besteht in der Kanalisierung von Unzufriedenheit und Protest in eine für die Herrschaft des Monopolkapitals ungefährliche Richtung.

Die äußerste Rechte fungiert zudem als Reserve des Kapitals für künftige Krisen, in denen die Integrationskraft der bürgerlichen Parteien nicht mehr ausreicht. Der antifaschistische Kampf ist daher Teil des Klassenkampfes, so wie der Kampf gegen forcierte Ausbeutung, Kriegspolitik und fortschreitenden Demokratieabbau Teil des antifaschistischen Kampfes ist.

Zur politischen Isolierung der Rechtskräfte, insbesondere der AfD als einer Organisation mit einer Scharnierfunktion für den Neofaschismus, sind breiteste Bündnisse auch unter Einschluss bürgerlich-antifaschistischer und demokratischer Kräfte einzugehen, ohne dass wir unsere marxistische Analyse und weitergehende Forderungen aufgeben bzw. auf deren Propagierung verzichten. Maßstab für den Erfolg unserer antifaschistischen Bündnisstrategie ist dabei der Grad der Zurückdrängung des Einflusses rechter Ideologie und Organisationen unter den Werktätigen durch die Mobilisierung für ihre eigenen Interessen gegen das Kapital.

Das wichtigste Bollwerk gegen rechts ist eine Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die die demokratischen und sozialen Interessen der Lohnabhängigen gegen das Großkapital vertritt und damit einen Gegenpol zur reaktionären Politik verkörpert.

Wir fordern ein konsequentes Vorgehen gegen Faschisten entsprechend dem antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes. Dazu gehören das Verbot und die Zerschlagung der NPD und neonazistischer Organisationen sowie das Einschreiten gegen Kriegs-, Rassen- und Völkerhetze, gegen Diskriminierung aufgrund von Alter, Geschlecht und sexueller Orientierung.

Diese Kämpfe sind für uns dem Wesen nach Teil der antimonopolistischen Kämpfe und Strategie. Sie sollen die Spielräume der imperialistischen Bourgeoisie und deren soziale Basis einengen. Antifaschistischer, antimonopolistischer und sozialistischer Kampf bilden für uns somit eine eng verbundene Einheit.

7. Demokratische Einflussnahme und Kontrolle erfordert Gegenmacht in Form hoher Organisiertheit, Mobilisierungsfähigkeit und Kampfbereitschaft der Arbeiterbewegung und ihrer Verbündeten.

Wir verteidigen die Rechte außerparlamentarischen Handelns und wehren uns gegen jede Einschränkung der Koalitions- und Versammlungsfreiheit, des Demonstrations- und Streikrechts. Wir fordern ein umfassendes Streikrecht inklusive des Rechts auf politischen Streik und das Verbot der Aussperrung.

Wir verteidigen die im Grundgesetz verankerten persönlichen Freiheitsrechte und fordern das Ende der Bespitzelung durch in- und ausländische Geheimdienste. Wir wenden uns gegen Berufsverbote für Demokraten und fordern die Aufhebung des KPD-Verbots, der Notstandsgesetze und aller Grundgesetzänderungen, die seine demokratischen Kernbestandteile in Frage stellen. Wir fordern die Rehabilitierung aller Betroffenen des KPD-Verbots, der Berufsverbote sowie von Entlassungen, Rentenkürzungen und Verfolgungen von Bürgerinnen und Bürgern der DDR, die den Sozialismus in ihrem Land aufgebaut und verteidigt haben.

8. Krisenlasten und Kapitalverwertungsschwierigkeiten dürfen nicht länger auf Städte und Gemeinden abgewälzt werden. Die Offensive des Kapitals stoppen, heißt Zukunftssicherheit für die Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen statt Vermögenszuwachs für Multimillionäre und Milliardäre. Auch dies ist ein wichtiger Teil unseres antimonopolistischen Kampfes.

In den Kommunen wird der Klassenkampf von oben mittels der Schuldenbremse geführt. Öffentliche Mittel werden verknappt und Gemeinschaftsaufgaben durch Privatisierungen und öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) der Kapitalverwertung zugeführt. Verteuerungen für die Bürger und Demokratieabbau sind die Folgen. Wir wehren uns gegen das Ausbluten der Kommunen, gegen Privatisierung öffentlichen Eigentums. Wir kämpfen um die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leistungsfähigkeit der Kommunen sowie für die Rekommunalisierung sämtlicher Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge.

Wir fordern eine Rücknahme aller Schuldenbremsen und mittelfristig die entschädigungslose Streichung der kommunalen Schulden und ein Verbot der Privatisierung von öffentlichem Eigentum. Die regelmäßigen Preissteigerungen in lebenswichtigen Bereichen, wie Energie, Wohnen, Gesundheit und Lebensmittel müssen gestoppt werden.

9. Im Gesundheitswesen und bei der Pflege wird besonders deutlich, dass der Kapitalismus alles zur Ware macht. Die Unterordnung des Gesundheitswesens unter die kapitalistische Verwertung und Konkurrenz bedeutet einen Angriff auf die Gesundheit der Arbeiterklasse, den wir zurückweisen müssen.

Wir setzen uns für eine gute Gesundheitsvorsorge ein und dafür, dass Patienten und Pflegebedürftige unabhängig vom Geldbeutel eine qualifizierte wohnortnahe medizinische Versorgung und pflegerische Betreuung erhalten. Um diese zu erreichen werden gute Arbeitsbedingungen und ausreichend Personal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen - aber auch im ambulanten Bereich - benötigt. Wir unterstützen den Kampf der Pflegekräfte und setzen uns für eine gesetzliche Personalbemessung in den Krankenhäusern ein.

Das System der betriebswirtschaftlichen Optimierung des Gesundheitswesens ist abzuschaffen. Gesundheit, Krankheit und Pflege dürfen nicht länger dem Gewinnprinzip untergeordnet sein. Die paritätische Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ist wiederherzustellen. Die Streichungen von Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung sind rückgängig zu machen. Die Forderung der Arbeiterbewegung nach einer Einheitsversicherung mit Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze ist so aktuell wie vor 70 Jahren. Aber auch kräftige Lohn erhöhungen aller Werktätigen sind zur finanziellen Absicherung des Gesundheits

wesens notwendig.

Dabei müssen die Organisationen der Werktätigen und der Betroffenen eine organisierende und kontrollierende Rolle spielen.

Auch beim Bildungs- und Sozialwesen setzen wir uns dafür ein, dass diese Bereiche der täglichen Daseinsvorsorge wieder zu staatlichen und öffentlich zugänglichen Pflichtaufgaben werden. Ziel ist es, Patienten, Menschen mit Behinderung und Alten unabhängig vom Geldbeutel eine gute Betreuung und Vorsorge zu ermöglichen und allen Kindern und Jugendlichen unabhängig vom Einkommen der Eltern gute Bildungschancen zu eröffnen.

10. Das Recht auf Wohnen kann der kapitalistische Wohnungsbau und Immobilienmarkt nicht gewährleisten. Auch hier dominiert das Monopolkapital: die großen Immobilien-, Bau- und Wohnungskonzerne.

In der jetzigen Kampfetappe geht es vorrangig um die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus durch eine demokratisch kontrollierte kommunale Wohnungswirtschaft, einen Mietpreisstopp und die Absenkung der explodierenden Mietkosten.

Zur Behebung der allergrößten Engpässe fordern wir ein Programm zum Bau von einer Million Sozialwohnungen durch Gemeinden und Genossenschaften in den nächsten fünf Jahren - mit einer Mietpreisbindung von mindestens fünf Jahren.

Die Kommunen müssen ermächtigt werden, zur Linderung der Wohnungsnot leerstehenden Wohnraum zu beschlagnahmen. Sie müssen das Recht auf Zuweisung Wohnungssuchender und auf Mitgestaltung der Mietverträge erhalten. Die Privatisierung früheren kommunalen und sozialen Wohnraums ist zurückzunehmen.

Zwangsräumungen, Strom- und Gassperrungen und aller anderen existenzbedrohenden Zwangsmaßnahmen gegen die Mieter sind sofort zu verbieten.

11. Zur Sicherung der Lebensgrundlagen sind wirksame und miteinander abgestimmte Einzelkonzepte zur Umwelt- und Klimapolitik notwendig; sie sind Bestandteil unserer antimonopolistischen Strategie. Die DKP wird dabei bestehende Initiativen und Bewegungen unterstützen, aber sich vor allem mit eigenen antimonopolistischen Konzepten und Materialien und Vorschlägen für die Verbindung von Arbeiter- und Umweltbewegung einsetzen.

Ein Schwerpunkt wird die Arbeit im Bereich der Automobilindustrie und der Energiepolitik sein. Unsere Vorstellungen für einen ökologischen Umbau der Energiewirtschaft und Automobilindustrie sowie für eine Umsteuerung in der Verkehrspolitik berücksichtigen, dass es dabei nicht zu Massenentlassungen kommt. Wir fordern, dass die Belegschaften über die Neuausrichtung der Energiewirtschaft und der Automobilindustrie entscheidend mitbestimmen. Auch hier gilt der Grundsatz: „Demokratie muss bei der Arbeit anfangen.“

Wir wollen eine grundlegende antimonopolistische Wende auch gegen das Diktat der nationalen und internationalen Transport- und Logistikkonzerne erzwingen, die den individuellen Massenverkehr auf den Straßen so absurd ausgeweitet ha

ben, dass zu Stoßzeiten die Verkehrswege nicht nur in den Ballungszentren und auf den Hauptverkehrsadern völlig überlastet sind. Investiert werden muss in Mobilitätskonzepte, die Individual-, Bus-, Bahn- und LKW-Verkehr vernetzen.

Im Kampf gegen die aktuellen Hungersnöte in der Welt müssen die großen Agrar-, Chemie- und Lebensmittelkonzerne, müssen die imperialistischen Staaten und die imperialistische Konstruktion EU zur Rechenschaft gezogen werden. Sie zerstören in neokolonialistischer Manier die heimische Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion in vielen Staaten und Regionen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Wasser und Boden werden zum Spekulationsobjekte großer Konzerne und verursachen weitere Flucht- und Vertreibungswellen tausender Kleinbauern und Landarbeiter.

Nur im Kampf gegen die vom Imperialismus aufgezwungenen Kriege und gegen das Diktat der Konzerne können die Versorgung durch heimische Produzenten geschützt, fairere Handelsabkommen durchgesetzt sowie eine qualitativ hochwertige und langfristige Nahrungsmittelversorgung abgesichert werden.

Es gilt die Einsicht zu stärken, dass letztlich nur ein Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise und die Errichtung einer sozialistischen Planwirtschaft dauerhaft wirksame Maßnahmen für Klima- und Umweltschutz möglich machen.

Wir übersehen in all diesen Vorschlägen nie den Doppelcharakter von Reformen, die objektiv auch immer Elemente der Systemstabilisierung beinhalten. Gleichzeitig sind Reformkämpfe geeignet, die Kräfte des Widerstands zu sammeln: „Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter.“ (Manifest der Kommunistischen Partei) Wir bleiben nicht bei Reformen stehen, sondern bekämpfen Reformismus und Illusionen.

#### **4. Die Stärkung der DKP**

Die DKP hat sich nicht um ihrer selbst willen gebildet. Entscheidend für eine Veränderung der politischen Verhältnisse im Lande ist die Stärkung der Arbeiterbewegung und die Entwicklung klassenbewusster Interessenkämpfe, ist die Entwicklung von Massenbewegungen. Das erfordert eine handlungsfähigere kommunistische Partei, die weitaus stärker in der Klasse, in Betrieben und in den Gewerkschaften verankert ist. Um ihre Aufgabe zu erfüllen, braucht die Partei kommunistische Kader. Kader- und Massenpartei stehen nicht im Widerspruchsverhältnis, sondern in einem dialektischen Zusammenhang.

Die DKP steht in der Tradition der marxistischen Arbeiterbewegung, der revolutionären Sozialdemokratie und der KPD. Die DKP ist die kommunistische Partei in Deutschland. Sie ist heute zu schwach und zu wenig in der Klasse verankert. Deshalb ist der Kampf um die Reorganisation und Stärkung der DKP von entscheidender Bedeutung.

## II. Für Frieden, Arbeit, Solidarität – Die DKP stärken!

Sozialismus oder Barbarei – die Frage nach einem Bruch mit den kapitalistischen Verhältnissen, die Frage nach einer Zukunft ohne Ausbeutung, Faschismus und Krieg stellt sich immer drängender. Der Leitantrag an den 22. Parteitag beschreibt die Strategie der DKP zum Stopp der Offensive des Kapitals und zur Durchsetzung einer politischen Wende zu Friedens- und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Er macht Vorschläge für ein Konzept der Zurückdrängung der Macht der mächtigen kapitalistischen Monopole und zur Heranführung dieser Kämpfe an den revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus.

Heute geht es zunächst darum, einen Weg aus der Defensive der Arbeiterbewegung zu finden. Es gilt, zusammen mit den arbeitenden Menschen ihre dringendsten Probleme aufzugreifen und sie zu mobilisieren, selbst für ihre Interessen aktiv zu werden. Es gilt, Aktivitäten in diesem Sinne zu initiieren bzw. andere zu unterstützen. Es gilt, Positionen der DKP zu entwickeln und damit offensiv auf Andere zuzugehen, um Wege aufzuzeigen, wie diese dringendsten Probleme angegangen werden können. Dies ist zugleich ein Beitrag, die Kräfteverhältnisse in diesem Land auf mittlere Sicht zu verändern.

Dieser Prozess wird durch die Strategie des Monopolkapitals der Zersplitterung und des Schürens von Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse erschwert. Die Angst um den Arbeitsplatz und den sozialen Abstieg erhöht die Bereitschaft, sich der Ideologie der Sozialpartnerschaft anzupassen, um den „eigenen“ Standort zu sichern. Zu schwach entwickelt ist dagegen die Erkenntnis, dass Erfolge nur durch die Bereitschaft, selber aktiv zu werden und sich zu organisieren und durch kämpferische Gewerkschaften errungen werden können, dass Solidarität und nicht Sozialpartnerschaft die Antwort auf die Zersplitterung ist.

Tarifikämpfe z. B. für mehr Lohn, Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsplatzsicherung und Personalmindeststandards an Kliniken, Kämpfe um ein Rentenniveau, das zum Leben reicht, gegen Sozialraub und Aufrüstungspläne kommen zunehmend in Konflikt mit dem Profitstreben des Kapitals, machen die Widersprüche des Kapitalismus sichtbar, rücken das Monopolkapital als Hauptgegner in den Blick und führen objektiv an die Systemfrage heran. Aufgabe der DKP als der Kommunistischen Partei in Deutschland ist es, Kämpfe praktisch und politisch zu unterstützen bzw. – wo nötig und möglich – zu initiieren, in denen sich die Arbeiterklasse an Teilforderungen formiert, Klassenbewusstsein entwickelt und ihre Ausstrahlung auf andere nichtmonopolistische Schichten erhöht, um mit ihnen im Bündnis weitergehende Forderungen durchzusetzen.

Die Kommunistinnen und Kommunisten haben „keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennte Interessen“ (Manifest der Kommunistischen Partei). Sie leben und kämpfen mit der Arbeiterklasse; sie knüpfen an den gemeinsam gemachten Erfahrungen an und fördern weitergehende Einsichten. Sie machen Vorschläge zur Strategie und Taktik, wollen an die Systemfrage heranführen, sowie die Notwendigkeit des Sozialismus verdeutlichen. Sie wollen „der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder“ sein. Das ist eine Verpflichtung zum gemeinsamen Lernen, denn nur

---

so realisieren sie den Anspruch: „Sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus“ (Manifest der Kommunistischen Partei).

Der Kampf um die Stärkung der DKP ist eine Frage der Zukunft der Arbeiterbewegung, eine politische Notwendigkeit über unsere Reihen hinaus und zentrale Aufgabe und Verpflichtung für uns Kommunistinnen und Kommunisten.

Der Kampf um die Stärkung der DKP ist umso nötiger als die DKP heute den Anforderungen an eine kommunistische Partei nicht genügt. Wir ringen um eine zeitgemäße Strategie und haben ideologische Schwächen. Vielerorts fehlt es uns personell und strukturell an Stärke. Die organisatorische, personelle und ideologische Situation der Partei ist kritisch, der Verlust an Einfluss und Aktionsfähigkeit noch nicht gestoppt. Die Strategie und der einheitliche Charakter der DKP sind in den letzten Jahren in Teilen der Partei in Frage gestellt oder sogar aufgekündigt worden. Eine zurückgehende Verankerung in Betrieb und Gesellschaft erschwert die Erarbeitung tragfähiger Einschätzungen ökonomischer und politischer Entwicklungen. Längerfristige Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung der Partei bleiben nicht ohne Einfluss auf das Politik- und Parteiverständnis von Teilen unserer Mitgliedschaft. Folge dieser Entwicklungstendenzen sind Unverbindlichkeit in der Parteiarbeit, Mängel in der Beschlussdisziplin im Allgemeinen und Fraktionierung im Besonderen, eine wenig kollektive Arbeitsweise sowie fehlende Klarheit über die einzuschlagende Entwicklungsrichtung der Partei auf Gruppen-, Kreis-, Bezirks- und Landesebene.

Wir verstehen die Rolle der Kommunistischen Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse als Selbstverpflichtung. Sie verpflichtet uns, um eine stärkere Verankerung der DKP in der Arbeiterklasse zu ringen, kommunistische Persönlichkeiten zu entwickeln und als solche zu verankern, kämpferische Orientierungen in Auseinandersetzungen zu bieten und in der Praxis für diese einzustehen. Dazu müssen wir unsere Organisationsprinzipien ernst nehmen und um eine einheitlich handlungsfähige, selbstbewusste Partei ringen. Wir gehen davon aus, dass wir eine längere Phase zur Stabilisierung und in einigen Bereichen und Gebieten eine Reorganisation der DKP zu ihrer umfassenden Stärkung brauchen. Der Parteivorstand wird beauftragt, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die Organisiertheit der Partei hinsichtlich der Anleitungstätigkeit, des einheitlichen Handelns und der kollektiven Diskussion gestärkt werden kann.

Um der Verankerung in der Arbeiterklasse wieder näher zu kommen, müssen wir stärker nach außen und an die Massen der Werktätigen herangehen, uns in den Betrieben und Gewerkschaften verankern und die Kämpfe der Beschäftigten und ihrer Organisationen, der Gewerkschaften, aktiv unterstützen. Wir dürfen uns nicht mit der Rolle von Kommentatoren begnügen und müssen als Teil der Bewegung weitergehende Forderungen diskutieren und die Gewerkschaften als Kampforgane der Arbeiterklasse stärken. Dazu brauchen wir das Zusammenführen unserer Erfahrungen in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit und das kollektive Arbeiten unserer Genossinnen und Genossen aus den Betrieben. Wir orientieren deshalb auf den Aufbau von Betriebs- und Branchengruppen.

Gleichzeitig wollen wir unsere Arbeiterpolitik in den Kommunen entwickeln. Die Kommunalpolitik ist das zweite Standbein unserer Arbeiterpolitik. Soweit wir dies nicht im Betrieb tun können, wollen wir ausgehend von tagesaktuellen Auseinandersetzungen dort, wo die Arbeiterklasse lebt, mit ihr und in ihrem Interesse autonome Interessenpolitik entwickeln. In unserer Betriebsarbeit wie in unserer Kommunalpolitik hat für uns die praktisch-politische Interessenvertretung Vorrang vor dem Kampf um Mandate. Entscheidendes Kriterium ist es, wie wir die Betroffenen selbst für den Kampf für ihre Interessen aktivieren können.

Neben der Entwicklung unserer Arbeiterpolitik geht es um die Stärkung unserer Grundorganisationen. Sie sind der Ort, wo diese Orientierung in der Praxis umgesetzt werden muss, wo wir Politik und kommunistische Persönlichkeiten entwickeln und nach außen gehen.

Mit der Kandidatur zu den Bundestagswahlen 2017 „Für Frieden, Arbeit, Solidarität“ und dem Sofortprogramm „Stoppt den sozialen Kahlschlag und den Abbau demokratischer Rechte! Stoppt den Krieg!“ haben wir den richtigen Weg eingeschlagen. Die inhaltliche Stoßrichtung gegen die Profiteure von Krieg, Flucht und Armut bleibt die Grundlinie unserer Politik. Angesichts der aggressiven NATO-Politik, die einen immer schärferen Bedrohungskurs gegen die Russische Föderation und die VR China bis hin zur Gefahr eines großen Krieges fährt, sehen wir es als Hauptaufgabe an, die Friedensbewegung zu stärken und Aktivitäten zu unterstützen und zu initiieren, die sich gegen Aufrüstung und die Beteiligung der Bundeswehr an der NATO-Aggression richtet.

Der Bundestagswahlkampf hat bestätigt, dass das bundesweit einheitliche Auftreten der Partei mit zentralen Materialien und zentraler Anleitung die Partei stärkt und den Grundorganisationen hilft, nach außen aufzutreten. Die DKP unterstützt die Kampagne der Friedensbewegung „Abrüsten statt Aufrüsten“ gegen die NATO-Forderung nach Steigerung der Rüstungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Parteivorstand und Friedenskommission entwickeln eine Planung der DKP-Aktivitäten zur Unterstützung und Ausweitung der Kampagne. Notwendig ist es dabei, den Zusammenhang zwischen Aufrüstung und dem weiteren Abbau sozialer und demokratischer Rechte, sowie die Bedrohung des Friedens und der Sicherheit der Menschen in Europa durch die aggressive NATO-Politik aufzuzeigen. Das ist die inhaltliche Linie, mit der wir in der kommenden Periode in Stadtteilen, Betrieben und Gewerkschaften wirken müssen, um dem Ziel der Stärkung der DKP näher zu kommen.

## **1. DKP – Partei der Arbeiterklasse**

### **1.1. Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit**

Die DKP orientiert darauf, dass ihre Mitglieder aktiv in Bewegungen auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene eingreifen, helfen, diese zu initiieren, um die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse in Klassenkämpfen zu stärken, zur Formierung von Klassenbewusstsein beizutragen und die organisatorische Verankerung der Partei in der Arbeiterklasse voranzutreiben. Dabei ermöglichen Auseinandersetzungen in Bereichen der Öffentlichen Daseinsvor

---

sorge die Verbindung von Interessen der Belegschaften in Bereichen der Öffentlichen Daseinsvorsorge mit den Interessen breiter Bevölkerungsteile. Sie sind damit ein Hebel für die Herausbildung antimonopolistischer Bündnisse. Zudem bieten sie für Gliederungen der Partei ohne oder mit geringer Verankerung im Betrieb durch Solidaritätsaktionen in den Kommunen die Möglichkeit, Tarfbewegungen zu unterstützen. (aus der Handlungsorientierung des 21. Parteitag). Auseinandersetzungen in Großbetrieben haben eine Magnetwirkung auf andere Teile der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und sind deshalb von besonderer Bedeutung für die weitere Entwicklung.

Mit dem 21. Parteitag haben wir eine Diskussion um den Neuaufbau von Betriebs- und Branchengruppen begonnen. Alle Bezirke und Landesorganisationen der DKP sind jetzt gefordert, den Fokus auf diese Aufgabe zu richten, den Erfahrungsaustausch von in Betrieben und Gewerkschaften aktiven Genoss(inn)en zu organisieren und konkrete Pläne zu entwickeln.

Die wichtigste Aufgabe ist derzeit die Verankerung der DKP in der Arbeiterklasse zu steigern. Hierzu sehen wir folgende Handlungsfelder:

- Stärkere Konzentration der Parteiarbeit auf Themen der Betriebs-, Gewerkschafts- und Erwerbslosenarbeit.
- Koordinierung der Tätigkeit von Genossinnen und Genossen in diesem Bereich auf der Ebene des Parteivorstandes und der Landesorganisationen bzw. Bezirke.
- Stärkere Fokussierung auf die Bildung von Branchenbetriebsgruppen mit dem Ziel wieder Betriebsgruppen aufzubauen.
- Schnellere Positionierung zu entscheidenden Themen der Betriebs-, Gewerkschaftsarbeit.

### **Der Parteivorstand und seine Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik**

- beraten mit den Bezirken und Landesorganisationen beschlussorientiert über den Aufbau weiterer Betriebs- und Branchengruppen und über eine mögliche Orientierung der Grundorganisationen auf Schwerpunktbetriebe und führen die bisher gemachten Erfahrungen zusammen. Ziel ist es, in allen Gruppen Aktivitäten an einem Schwerpunktbetrieb zu entwickeln.
- organisieren ein Treffen zur Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, für das aus allen Bezirks- und Landesorganisationen möglichst viele TeilnehmerInnen gewonnen werden, die entweder in diesem Bereich aktiv sind oder aktiv werden können.
- organisieren neben dem bundesweiten Branchentreffen Gesundheit ein Branchentreffen für Beschäftigte in der Bildungs- und Erziehungsarbeit.
- organisieren zentrale Maßnahmen zur Unterstützung bspw. für die Herausgabe von Betriebszeitungen.
- orientieren rechtzeitig schon in Vorbereitung der Forderungsdiskussion auf wichtige Tarifeinverständigungen, erarbeite Positionen dazu und stellen der Partei Öffentlichkeitsmaterialien zur Verfügung.
- beraten, inwiefern Genossinnen und Genossen außerhalb von Großbetrieben eine Handlungsorientierung zur betrieblichen Arbeit im Sinne

der allgemeinen Stärkung der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse an die Hand gegeben werden kann.

- unterstützen Genossinnen und Genossen in der Vorbereitung der Betriebsrats- und Organisationswahlen.
- stellen in Zusammenarbeit mit der Branchengruppe Gesundheit der Partei Materialien und eine Handreichung zur Unterstützung der Klinikbeschäftigten in ihrem Kampf um eine gesetzliche Personalbemessung zur Verfügung.
- erarbeiten Orientierungen und Vorschläge für die Wiederaufnahme der Erwerbslosenarbeit
- erarbeiten gemeinsam mit der Bildungskommission und der Karl-Liebknecht-Schule Seminar und Schulungsangebote für Aktivisten und Multiplikatoren in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit.
- organisieren in Zusammenarbeit mit der Bildungskommission zentrale Seminare zur Schulung von Anleitern und Aktiven in Betrieb und Gewerkschaft, insbesondere zu folgenden Fragestellungen:
- Aufgabe von Kommunisten in Betrieb und Gewerkschaft und Rolle der Gewerkschaften im Klassenkampf
- Dialektik des gewerkschaftlichen und betrieblichen Kampfes (Einbindung ins System über Stellvertreterpolitik und Sozialpartnerschaft vs. Selbstorganisation der Arbeiterklasse für den Klassenkampf)
- Analyse aktueller Gewerkschaftspolitik und des Einflusses der Ideologie der Sozialpartnerschaft in Betrieben und Gewerkschaften
- Aufgabe kommunistischer Betriebszeitungen

## **1. 2. Kommunalpolitik**

Die Kommunalpolitik ist das zweite Standbein der Arbeiterpolitik der DKP. „Die DKP orientiert ihre Mitglieder und Grundorganisationen darauf, die Menschen in den Städten und Gemeinden gegen die Ausgrenzung und das Abwälzen der Krisenlasten, gegen den Kahlschlag in allen Bereichen (Wohnen, Kultur, Sport, Soziales, Nahverkehr etc.) und Privatisierungen zu mobilisieren und mit ihnen aktiv zu werden. Wir entlarven die sogenannten „Schuldenbremsen“, aber auch die angeblichen Schutzschirme und Stärkungspakte für Kommunen als Bestandteile der Umverteilungspolitik, des Klassenkampfes von oben.“ (aus der Handlungsorientierung des 21. Parteitags)

In der vergangenen Periode haben wir in der Kommunalpolitik auf Bundesebene keine Impulse gegeben und auch die Beschlüsse des 21. Parteitages in der Handlungsorientierung nicht umsetzen können. Der Parteivorstand gründet eine Kommission „Kommunalpolitik“, die auf der Grundlage einer Analyse der Angriffe des Monopolkapitals auf die Kommunen Schwerpunktthemen für die kommunalpolitische Arbeit der DKP entwickelt. Sie arbeitet dabei insbesondere auch mit jenen Bezirken und Landesverbänden zusammen, in denen in den nächsten zwei Jahren Kommunalwahlen anstehen, um diese im Wahlkampf zu unterstützen. Betrachtet werden die Abwälzung der Krisenlasten auf Städte und Gemeinden durch Bundes- und Landesregierungen, der Stand realer kommunalpolitischer Probleme und außerparlamentarischer Bewegungen. Hiervon ausgehend entwickelt die Kommission Schwerpunkte und organisiert einen kollektiven Austausch zwischen den Aktiven und koordiniert die politi

---

sche Arbeit. Dabei kommt Schnittstellen zwischen unserer Kommunal- und Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, die zum Beispiel im Kampf um den Erhalt und den Ausbau der Öffentlichen Daseinsvorsorge auf der Hand liegen, eine besondere Bedeutung zu.

## **2. Die Grundorganisationen stärken**

Zentraler Schlüssel zur Stärkung der Partei und der Erhöhung ihrer Wirksamkeit und dadurch Attraktivität in der Arbeiterklasse sehen wir in der politischen, ideologischen und organisatorischen Stärkung unserer Grundorganisationen und der Erhöhung ihrer Anzahl. Das ist auch der Schlüssel zur Gewinnung neuer Mitglieder. Dabei wissen wir um die Unterschiedlichkeit der Gruppen in Ost und West, in Stadtstaaten und Flächenländern und ihre unterschiedliche Entwicklung, die oft von einzelnen GenossInnen abhängen kann. Wir sehen vor allem Schwierigkeiten in der Leitungsarbeit der Grundorganisationen und der Kaderentwicklung. Die Leitungsarbeit des Parteivorstandes und seiner Kommissionen, der Bezirks-, Landes- und Kreisvorstände muss sich auf die Aufgabe der Gruppenstärkung konzentrieren und ihre Arbeit an der Fragestellung orientieren, inwieweit sie den Grundorganisationen und ihrer Entwicklung nutzt. Dazu wollen wir auch die Anleitung der Parteivorstände stärker regionalisieren.

Die DKP setzt sich heute aus Stadt- und Wohngebietsgruppen zusammen. Gleichzeitig haben wir mit der Diskussion um den Wiederaufbau von Betriebs- und Branchengruppen begonnen. Die Stadt- und Wohngebietsgruppen müssen in diese Diskussion einbezogen werden, wenn die Neugründung ihre Mitglieder betrifft bzw. ihre Unterstützung erfordert.

Auf dem 21. Parteitag haben wir zur Stärkung der Gruppen Schwerpunkte auf die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit gelegt. Ziel war es, den Grundorganisationen in ihrer Unterschiedlichkeit zu helfen, nach außen zu gehen und mehr und mehr eigenständige Politik vor Ort zu entwickeln. Dafür brauchen unsere Mitglieder auch das ideologische Rüstzeug, die Vermittlung unserer Weltanschauung. Wir halten an dieser Schwerpunktsetzung fest und ergänzen sie um die Vermittlung von Grundlagen unserer Organisationspolitik und Hilfestellungen für die Arbeit der Gruppenleitungen, weil wir zunehmend feststellen, dass hier Erfahrungen verloren gegangen sind und insbesondere Genossinnen und Genossen, die neu in Funktionen kommen, mehr Unterstützung brauchen.

Auch im Bereich der Kulturarbeit der DKP drohen wichtige und positive Erfahrungen zu schwinden. Nach unserem materialistischen Menschenbild gehören ein kulturreiches Leben, die Entwicklung eigener künstlerischer Fähigkeiten, die Aneignung des kulturellen Erbes – nicht nur der Arbeiterbewegung und proletarischen Kultur, sondern der gesamten Kultur –, gehören die Verbindung von Arbeit, Politik, Kunst, Sport und Kultur zur Entwicklung kommunistischer Persönlichkeiten. Die Ausstrahlung und Massenwirksamkeit der Grundorganisationen und der DKP insgesamt erfordert, dass wir uns wieder dieser Quellen der Bereicherung unseres Lebens bewusst werden und diese kollektiv nutzen.

## 2.1. Öffentlichkeitsarbeit

Ein wichtiges Ziel unserer Öffentlichkeitsarbeit ist die weitere Verankerung der DKP und ihre Stärkung durch die Gewinnung neuer Mitglieder. Neben Infoständen und Verteilaktionen sind auch Veranstaltungen und Aktionen Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit unserer Parteigruppen. Wir wollen die Gruppen zentral durch das Bereitstellen von Öffentlichkeitsmaterialien und die Hilfe, selber Materialien zu erstellen, sowie bei der Durchführung von Veranstaltungen unterstützen.

### Die UZ stärken

Die UZ ist unser wichtigstes Öffentlichkeitsmaterial, da wir mit ihr wöchentlich in einer guten journalistischen Qualität unsere Positionen darstellen und die DKP als bundesweite Kraft profilieren können. Wir wollen die Arbeit mit der UZ stärker in den Gliederungen verankern und ihren Gebrauchswert für die Gruppenarbeit, zum Beispiel in der Bildungsarbeit, erhöhen.

Der Parteivorstand beschäftigt sich mindestens einmal in der Arbeitsperiode schwerpunktmäßig mit der Entwicklung der UZ.

Bezirks- und Landesvorstände, Kreise und Gruppen sind aufgefordert, sich in regelmäßigen Abständen auf Versammlungen mit der UZ und ihrem Online-Auftritt zu befassen und dazu Vertreterinnen und Vertreter von UZ-Redaktion und/oder Verlag einzuladen, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten dem Folge leisten sollen.

### Die Gruppen

- prüfen, wer von ihren Mitgliedern und SympathisantInnen noch kein Abonnent der UZ ist und werben aktiv neue AbonnentInnen und ProbeabonnentInnen.
- organisieren regelmäßig die Verteilung bzw. den Verkauf der UZ und bieten sie bei Demos, Veranstaltungen, Bündnistreffen etc. an.

### Weitere Print-Materialien

- Das Sofortprogramm „Stoppt den sozialen Kahlschlag und den Abbau demokratischer Rechte! Stoppt den Krieg!“ hat sich im Bundestagswahlkampf bewährt. Wir orientieren Bezirke, Landesorganisationen, Kreise und Gruppen darauf, es auf ihre jeweilige Situation herunterzubrechen und helfen bei der Erstellung entsprechender Materialien.
- Der Parteivorstand stellt den Gruppen zu aktuellen Anlässen wie dem 1. Mai, den Ostermärschen, dem Antikriegstag und Tarifauseinandersetzungen Materialien zur Verfügung. Jede Gruppe sucht in ihrem Wirkungsgebiet einen Betrieb oder ein Wohngebiet, wo regelmäßig DKP-Material verteilt oder gesteckt wird.
- Die Jugendkommission des Parteivorstandes stellt den Gruppen regelmäßig Infopakete mit der Position, dem Magazin der SDAJ, und weiteren Materialien der SDAJ für Infotische zur Verfügung.

- Der Parteivorstand organisiert Workshops zur Erstellung von Flugblättern und Kleinzeitungen

### **Online-Medien**

Die Lesegewohnheiten haben sich insbesondere bei jüngeren Menschen stark verändert. Deshalb müssen wir dem Internet und unserem Auftritt in den sozialen Medien auf allen Ebenen der Parteiarbeit eine höhere Beachtung beimessen. Zur Steigerung der Attraktivität muss die inhaltliche Übersichtlichkeit sowohl der/des zentralen Internetauftritte(s) verbessert und das gesamte Erscheinungsbild von PV/Bezirken/Kreisen optisch und inhaltlich besser miteinander abgeglichen und umgestaltet werden.

Der Parteivorstand organisiert Workshops zur Arbeit mit dem Internet und Facebook.

Bezirke, Landesorganisationen, Kreise und Gruppen setzen sich das Ziel, eigene Homepages – mindestens Visitenkarten mit Kontaktmöglichkeit im Netz – zu haben und zu pflegen und, wo möglich, eine Facebook-Präsenz abzusichern.

### **Öffentliche Veranstaltungen**

Öffentliche Veranstaltungen der DKP werden über ihre Reihen hinaus wahrgenommen und sind ein gutes Mittel, um Freunde und Sympathisanten näher an die Partei und unsere Inhalte heranzuführen.

- Die Geschichtskommission des Parteivorstandes erstellt einen Leitfaden für die Gruppen als Hilfestellung für Veranstaltungen zum Jubiläumsjahr „200 Jahre Karl Marx, 100 Jahre KPD, 50 Jahre DKP und SDAJ“ sowie zur Novemberrevolution.
- Bezirke, Landesorganisationen, Kreise und Gruppen diskutieren über offene Angebote wie Stammtische, Spiel- oder Filmabende, die sich besonders eignen, um das Umfeld der Parteigruppen anzusprechen.
- Die Gruppen führen Sympathisantenlisten und laden diese regelmäßig ein. Daneben wird über die UZ für Veranstaltungen geworben.

### **Zentrale Aktivitäten und Aktionstage**

Zentrale Veranstaltungen und gemeinsame Aktionen stärken die Ausstrahlung der DKP insgesamt, aber auch die Parteigruppen, die Sympathisanten und Freunde für die Mitfahrt gewinnen.

Zu zentralen Aktionstagen 2018/2019 gehören:

- Mai 2018: 200 Jahre Karl-Marx/Konferenz in Trier
- Sommer 2018: Antikriegsaktionen in Büchel und Ramstein
- Herbst 2018: 20. UZ-Pressfest
- Winter 2018: 100 Jahre Novemberrevolution
- Januar 2019: Luxemburg-Liebkecht-Wochenende

- Februar 2019: Proteste gegen die Münchner Sicherheitskonferenz

## **2.2. Bildungsarbeit**

In der Bildungsarbeit geht es heute in erster Linie darum, Grundlagen unserer Weltanschauung in der Breite der Partei zu vermitteln. Unsere Mitglieder brauchen ideologisches Rüstzeug, um die gesellschaftlichen Entwicklungen einzuordnen und zu verstehen, unsere Analysen und Erkenntnisse weiter zu vermitteln, Politik und Praxis zu entwickeln und auch an der Entwicklung der Gesamtpartei mitzuwirken. Entscheidend dafür ist die kollektive Bildungsarbeit in den Grundorganisationen und das Schulen unserer Leitungsmitglieder. Die Grundorganisationen müssen wieder zum zentralen Ort der Vermittlung und Diskussion unserer ideologischen Grundlagen werden. Einen weiteren Schwerpunkt legen wir angesichts organisationspolitischer Schwächen auf die Schulung organisationspolitischer Grundlagen. Wichtig sind zudem Angebote für neue Mitglieder und Sympathisanten. Dabei wird versucht die Bildungsmaterialien so zu gestalten, das gewonnene Wissen mit aktuellem Praxisbezug anzuwenden.

### **Bildungsmonate für die Gruppenarbeit**

Zentraler Baustein für unsere Bildungsarbeit sind zwei Bildungsmonate im Jahr, die in allen Gruppen durchgeführt werden. Dazu erscheint je ein Bildungsheft als Beilage in der UZ. Zur Vorbereitung der Bildungsmonate finden regionale Seminare für Bildungsverantwortliche bzw. Gruppenleitungen statt. Die Themen der Bildungsmonate beschließt der Parteivorstand.

### **Grundlagen kommunistischer Politik**

Zur Schulung unserer Leitungsmitglieder auf allen Ebenen werden an der Karl-Liebknecht-Schule im Jahr zwei viertägige Seminare zu den Grundlagen kommunistischer Politik durchgeführt. Die Anmeldungen zu den Schulungen laufen in der Regel über die Bezirks- und Landesvorstände, die eine Planung erstellen, die die Gewinnung von Teilnehmern vorsieht. Zusätzlich beginnen wir, die viertägige Grundlagenschulung mit Hilfe der Karl-Liebknecht-Schule auch regional durchzuführen.

### **Organisationspolitische Grundlagen**

Zur Unterstützung der Gruppenleitungen wird der „Leitfaden für Gruppenleitungen“ neu aufgelegt. Zur Vorstellung und Arbeit mit dem Leitfaden und den Problemen der Gruppenleitungen finden eine bzw. mehrere Beratungen des Parteivorstandes mit den Bezirks- bzw. Landesvorsitzenden und Koordinierungsräten statt. Im Anschluss führen die Bezirks- bzw. Landesvorstände und Koordinierungsräte Beratungen zu dem Thema mit den Gruppenvorständen durch. Die Karl-Liebknecht-Schule bietet ein Seminar für Gruppenleitungsmitglieder zu Grundlagen unserer Organisationspolitik und der Arbeit der Gruppenvorstände an.

## Zirkelleitfäden

Für Mitglieder und die Arbeit mit Sympathisanten werden Zirkelleitfäden für Einsteiger zum Kommunistischem Manifest und dem Text „Kommunisten heute“ von Hans Heinz Holz aufbereitet. Diese sollen von den Grundorganisationen oder den Kreisen durchgeführt werden.

### 3. Die Zusammenarbeit mit der SDAJ stärken

Neben der Stärkung unserer Gruppen sehen wir die Notwendigkeit, aber auch Chancen, unter der Jugend zu wirken. Angesichts der dramatischen Lage der Jugend – prekär ist das neue Normal – gehören die Jugendarbeit und der Kampf um die Rechte der Jugend zu unseren Hauptaufgaben. Sie können nur in enger Verbindung mit dem Jugendverband an unserer Seite, der SDAJ, gelöst werden. (aus der Handlungsorientierung des 21. Parteitags)

Die Stärkung der SDAJ ist auch eine Aufgabe der DKP. Deshalb orientieren wir unsere jungen Mitglieder auf die Arbeit in der SDAJ. Wir wollen helfen, dass sich die SDAJ in der Fläche verbreiten kann. Dazu muss der Austausch und die gemeinsame Aktion zwischen DKP und SDAJ auf Bezirks- bzw. Landes- und Gruppenebene intensiviert werden.

Die Jugendkommission des Parteivorstandes hat in der zurückliegenden Arbeitsperiode kontinuierlich, aber mit zu wenigen Mitgliedern gearbeitet. Die Bezirke und Landesorganisationen sind aufgefordert, Mitglieder in die Jugendkommission zu delegieren.

### Der Parteivorstand und die Jugendkommission

- leiten die Bezirke und Landesorganisationen hinsichtlich der Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der SDAJ an. Grundlage dafür ist der bereits erarbeitete Maßnahmenkatalog.
- organisieren eine Beratung mit den Bezirken und Landesorganisationen zu Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der SDAJ anhand des in der zurückliegenden Periode von der Jugendkommission erarbeiteten Maßnahmenkatalogs für die Zusammenarbeit auf örtlicher Ebene.
- organisieren in Zusammenarbeit mit den Bezirken der DKP und den Landesorganisationen der SDAJ regionale jugendpolitischen Ratschläge.
- nehmen die Materialien der SDAJ in den UZ-Shop auf und bewerben insbesondere die „POSITION“, das Magazin der SDAJ.

### Die Bezirke und Landesorganisationen

- delegieren Mitglieder in die Jugendkommission des Parteivorstandes.
- laden die SDAJ-Landesleitungen zur Auswertung des 22. Parteitages und des 22. Bundeskongresses der SDAJ und zur Diskussion über die Zusammenarbeit auf Landesebene ein.
- führen nach der Beratung mit dem Parteivorstand Beratungen mit den

- Gruppenvorständen der DKP zur Zusammenarbeit mit der SDAJ durch.
- suchen gezielt die Zusammenarbeit mit der SDAJ auf den Gebieten Betriebs- und Gewerkschaftspolitik bzw. Wirtschafts- und Sozialpolitik.

### **Die Gruppen**

- prüfen gemeinsam mit der SDAJ öffentliche Veranstaltungen zum Buch, das die SDAJ zu ihrem 50. Geburtstag herausgibt, zu organisieren.
- diskutieren, wenn möglich mit Vertretern der SDAJ aus der Region, wie die SDAJ vor Ort unterstützt werden kann. Insbesondere wird versucht, die Neugründung von SDAJ-Gruppen zu unterstützen.

### **4. Die Finanzbasis der DKP sichern**

Organisierter Widerstand kostet Kraft, aber auch Geld. Die wichtigste Einnahmequelle der DKP sind die Mitgliedsbeiträge. Darüber hinaus sind regelmäßige Spenden an den Kampffonds der DKP eine wesentliche Voraussetzung für eine solide Ausgabenplanung.

Der DKP stehen heute viel zu geringe Mittel zur Verfügung, um die eigentlich notwendigen politischen Aufgaben zu finanzieren. Als bescheidene Ziele haben die letzten Parteitage folgende Schwerpunkte beschlossen:

- Sicherung eines Minimums an zentraler Tätigkeit der DKP
- Sicherung der Herausgabe der UZ als Wochenzeitung, die Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Marxistischen Blätter
- Unterstützung der marxistischen Bildungsarbeit und die Sicherung der Karl-Liebknecht-Schule der DKP

Diese Minimalziele sind weiterhin aktuell. Wir nehmen zusätzlich die finanzielle Unterstützung der SDAJ in diese Liste mit auf.

Es ist eine ständige Aufgabe aller Genossinnen und Genossen, die finanzielle Basis der DKP zu sichern. Eine besondere Verantwortung tragen unsere Kassiererinnen und Kassierer. Auch in diesem Bereich sind viele Erfahrungen verloren gegangen. Die Finanzkommission hat zur Hilfestellung ein Handbuch für die Kassierung herausgegeben und organisiert jährlich in Zusammenarbeit mit den BezirkskassiererInnen regionale Kassiererberatungen.

### **Kassiererinnen und Kassierer bzw. die Gruppenleitungen**

- diskutieren mit den Mitgliedern über die Beitragshöhe
- bieten in den Gruppen zumindest einmal im Quartal Spendenmarken an
- informieren in der Gruppe über die regelmäßig erscheinenden Spendaufrufe in der UZ und Spendenflyer zu einzelnen Themenbereichen
- werben um regelmäßige Spender für den Kampffonds und stellen Überlegungen an, welche Freunde und Sympathisanten außerhalb der Partei gewonnen werden können
- machen sich mit der Broschüre „Spuren hinterlassen – Die Zukunft der Partei sichern“ des Parteivorstandes zu Schenkungen, Erbschaften und Vermächtnissen vertraut

- stellen sicher, dass auf öffentlichen Veranstaltungen Spenden für die Arbeit der DKP gesammelt werden

Die Bezirks- und Landesvorstände diskutieren auf Grundlage dieses Beschlusses gemeinsam mit den Gruppen- und Kreisleitungen konkrete Maßnahmen zu seiner Umsetzung. Der Parteivorstand und die Bezirke ziehen im Laufe der Legislaturperiode Bilanz und sichern eine entsprechende Beschlusskontrolle.

## DKP Material bestellen:



**Flyer, Broschüren, Plakate, Aufkleber, Fahnen u.v.m.  
Bestellen unter: [www.uzshop.de](http://www.uzshop.de)  
Oder Tel.: 0201 17788923**

Herausgeber:

Deutsche Kommunistische Partei | DKP-Parteivorstand  
Hoffnungstraße 18 | 45127 Essen | Telefon 0201 177889-0  
pv@dkp.de | [www.dkp.de](http://www.dkp.de) | [www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)

# ANGEBOT ZUM 50. GEBURTSTAG DER UZ JETZT ABONNIEREN & LESEN – ERST AB APRIL 2019 BEZAHLEN!



Die UZ wird 50 – ist putzmunter und kein bisschen leise. Sie mischt sich ein, in die Kämpfe unserer Zeit und ergreift Partei für demokratische und soziale Rechte, gegen Nazis und eine Rechtsentwicklung in unserem Land. Die UZ ist die Zeitung der internationalen Solidarität. Sie analysiert die Strategien des Imperialismus und deckt auf, wer ein Interesse an Standortlogik und Konkurrenzdenken hat.

Ab Frühjahr 2019 wird das UZ-Informationsangebot ergänzt. Neben der gedruckten Wochenzeitung und der Online-UZ unter [www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de) veröffentlicht die UZ in Zusammenarbeit mit [news.dkp.de](http://news.dkp.de) dann auch tagesaktuelle Nachrichten.

## Testen

**Probeabo (kostenlos)**

Senden Sie mir ein kostenloses 6-Wochen-Probeabo.  
Das Abo endet automatisch.

## Bestellen

Ja, ich nehme das Geburtstagsangebot an und erhalte die UZ ab sofort und bis einschließlich März 2019 kostenlos. Erst ab April 2019 zahle ich folgenden Abopreis (Preisstufe nach Selbsteinschätzung):

**Wochenzeitung-Abo (Nur Print-Ausgabe)**

Preis pro Monat:

6,00 € (ermäßigt)  12,00 € (Normalabo)  18,00 € (Förderabo)

**Online-Abo (Nur Online-Ausgabe)**

Preis pro Monat:

4,00 € (ermäßigt)  8,00 € (Normalabo)  12,00 € (Förderabo)

**Kombi-Abo (Wochenzeitung & Online-Ausgabe)**

Preis pro Monat:

7,00 € (ermäßigt)  14,00 € (Normalabo)  21,00 € (Förderabo)

Name

Vorname

Straße

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail (Ohne Mailadresse ist kein Onlinebezug möglich)

Datum / Unterschrift

Bitte einsenden an / Impressum: CommPress Verlag GmbH, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen  
E-Mail: [info@unsere-zeit.de](mailto:info@unsere-zeit.de), Tel.: 0201 17788923, Fax: - 28